

Leitwährung und internationale Währungsordnung

Von Toni Föllmi

Bemerkungen zu einem Buch über die Probleme der internationalen Währungsreform

Mit der Veröffentlichung des Buches «Gold and the Dollar Crisis» von *Robert Triffin* im Jahre 1960 setzte die Diskussion über die Probleme der internationalen Währungsordnung ein, eine Diskussion, die im Laufe der Jahre nichts von ihrer Heftigkeit eingebüsst hat. Im Gegenteil, die Schärfe der Auseinandersetzungen hat immer mehr zugenommen. Die Vorschläge Triffins stehen auch jetzt immer noch im Mittelpunkt des Widerstreites der Meinungen, und immer wieder werden neue Pläne in Anlehnung an Triffin oder in erklärtem Gegensatz zu seinen Ansichten zur Diskussion gestellt. Obwohl der Triffin-Plan, der an die Stelle der «erratischen Versorgung mit internationaler Liquidität», wie sie dem gegenwärtigen System innewohnt, eine rationale und regelmässige Ausdehnung der Weltreserven setzen will, von allen Reformplänen die beiden Probleme der «Sicherheit und Angemessenheit der Devisenreserven» auf die Dauer weitaus am befriedigendsten und elegantesten lösen könnte, versucht er in keiner Weise, die grundlegenden Übel des gegenwärtigen internationalen Währungssystems zu beseitigen, nämlich die grossen Ungleichgewichte der Devisenbilanzen. Über die Wichtigkeit dieses Problems der Anpassung sind sich alle Experten einig. Die Verhandlungen über annehmbare Lösungen werden jedoch dadurch erschwert, dass die Verhandlungspartner verschiedener Ansicht über die relative Dringlichkeit der Probleme sind. Ein weiteres ernstes Hindernis ist die Verschiedenheit in der Denkart über Mittel und Ziele der Wirtschaftspolitik in den verschiedenen Ländern.

In den letzten fünf Jahren ist eine Flut von Publikationen erschienen, die sich mit internationalen Währungsproblemen befasst; eine eigentliche Zusammenfassung und theoretische Darstellung fehlte jedoch. Unter dem Titel «Leitwährung und internationale Währungsordnung»¹ legt nun *Otmar Issing*, Privatdozent an der Universität Würzburg, ein ganz ausserordentliches Werk vor, eine umfassende theoretische Untersuchung über den Mechanismus eines Leitwährungssystems. Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, dass Issings Studie weit über das hinausgeht, was bis jetzt auf diesem Gebiet geleistet worden ist. Es ist nicht möglich, der Fülle der Einsichten, die das Werk vermittelt, einigermassen gerecht zu werden. Im folgenden wird deshalb versucht, einige Probleme und Schlussfolgerungen des Autors aphoristisch hervorzuheben.

Issing beginnt mit der Tatsache, dass aus der unterschiedlichen Verwendung des *Leitwährungsbegriffes* zwangsläufig immer wieder Meinungsverschiedenheiten entstehen. Diese Begriffsverwirrung führt der Autor auf das Fehlen einer Theorie der Leitwährung zurück, eine Lücke, die er zu schliessen versucht. Im ersten Teil («Geschichte der ,Leitwährungen'») zeigt der Autor, welche Währungen in welchen Epochen als sogenannte «Leitwährungen» in der Literatur bezeichnet werden und welche näheren Umstände diese Charakterisierung rechtfertigen könnten. Dabei stellt er fest, dass nur die Währungen zweier Länder, nämlich das Pfund und der Dollar, in den letzten hundert Jahren mehr oder weniger kontinuierlich eine – vom Standpunkt der Welt betrachtet – dominierende Stellung eingenommen haben.

¹ *Otmar Issing*; Leitwährung und internationale Währungsordnung. Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Herausg. von Fritz Voigt, Band 28 (Berlin 1965), 374 S.

Im zweiten Teil («Zur Theorie der Leitwährung») entwickelt Issing eine Theorie der Leitwährung. Die Leitwährung bzw. die Defizite oder Überschüsse in der Devisenbilanz des Leitwährungslandes müssen in einer Welt frei konvertibler Währungen in irgendeiner Weise die Aufgaben erfüllen, die im Goldstandard dem Gold bzw. den Goldbewegungen zugefallen sind. Soll eine Währung diese Funktionen ausüben können, so muss sie erstens als «Mittel des Zahlungsbilanzausgleichs» angenommen werden, und zwar zum festgelegten Wechselkurs, und zweitens muss es sich um eine Währung handeln, die nicht einlösbar ist, d. h. dass das Zentralnoteninstitut des betreffenden Landes nicht verpflichtet ist, Leitwährungsguthaben in irgendeine andere Währung oder in ein Metall einzulösen. Der Autor geht nun von der Frage aus, wann und auf welche Weise ist der Begriff «Leitwährung» überhaupt aufgetreten und hat allgemeine Verbreitung gefunden? Im Zeitpunkt seiner anfänglichen Verwendung charakterisiert der Begriff «Leitwährung» ausschliesslich die Stellung des Dollars und mit gewissen Einschränkungen auch die des Pfundes im gegenwärtigen internationalen Währungswesen. Als erstes Kriterium für das Bestehen einer «Leitwährung» wird allgemein die Festlegung der Paritäten gegenüber einer bestimmten Währung (dem Dollar bzw. dem Gold) angesehen. Die zweite Voraussetzung, nämlich die Funktion dieser Währung, als «Reservemittel» für andere Länder zu dienen, erfüllte der Dollar in der Nachkriegszeit ebenfalls in hervorragender Weise. Die «Leitwährungsdiskussion» ist somit erst seit relativ kurzer Zeit im Gange, d. h. seitdem das internationale Währungswesen im Prinzip die Merkmale aufweist, die es auch heute noch kennzeichnen.

Issing zeigt in diesem gewichtigen Teil des Buches, wie in einem Leitwährungssystem die Devisenreserven entstehen, welche Bedeutung der Abstimmung der Währungs- und Finanzpolitik unter den Mitgliedstaaten zukommt und wieweit sich Änderungen der Paritäten mit einem Leitwährungssystem vereinbaren lassen. Die wichtigsten Schlussfolgerungen seien im folgenden wörtlich wiedergegeben:

«Soll ein sinnvoller multilateraler Zahlungsverkehr aufrechterhalten werden, müssen Änderungen der Paritäten auf ganz wenige und unbedeutende Fälle beschränkt bleiben. Allgemein scheidet aber damit eine Änderung der Devisenkurse als empfehlenswerte wirtschaftspolitische Massnahme aus.» (S. 118).

«Wie jedes System fester Devisenkurse bei freier Konvertibilität der Währungen kann auch das Leitwährungssystem nur sinnvoll funktionieren, wenn keine grösseren Defizite bzw. Überschüsse in den Devisenbilanzen der einzelnen Länder entstehen.» (S. 118).

«Die Währungspolitik des Leitwährungslandes bestimmt letztlich die Einkommens- und Preisentwicklung aller Länder, die diesem Leitwährungssystem angehören; auf die Dauer kann kein Land eine Währungspolitik treiben, die von der Politik des Leitwährungslandes wesentlich abweicht.» (S. 136).

Im dritten Teil («Zum Begriff der Leitwährung») versucht der Autor, dem Begriff «Leitwährung» einen sinnvollen Inhalt zu geben. Damit von einer Leitwährung gesprochen werden kann, müssen nach Issing die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein: 1. «Die Leitwährung ist nicht einlösbar...» 2. «Die Leitwährung wird allgemein als ‚Mittel des Zahlungsbilanzausgleichs‘ verwendet...» 3. «Die Länder mit abhängigen Währungen legen ihre Paritäten gesetzlich gegenüber der Leitwährung fest...» 4. «Innerhalb des Leitwährungssystems... besteht freie Konvertibilität.» (S. 171).

Im Anschluss an diese «funktionelle» Bestimmung des Leitwährungsbegriffs beurteilt der Verfasser im vierten Teil («Leitwährung und aktuelle Fragen der internationalen Währungsordnung») die Stellung des Dollars wie des Pfundes im heutigen

Währungswesen und beschreibt die Rolle des Internationalen Währungsfonds. Nach einer ausgezeichneten, konzisen Darstellung der wesentlichen Reformvorschläge versucht er im letzten Teil («Ergebnis») aus den Ergebnissen seiner Untersuchung eine allgemeine Beurteilung für die Reform des internationalen Währungswesens zu finden. Will man eine internationale Währungsordnung mit wirklich festen Devisenkursen, so muss nach der Ansicht des Autors zugleich ein «Automatismus» zum Ausgleich der Devisenbilanzen geschaffen werden, und zwar ein Automatismus von der Art, wie ihn der Goldstandard eo ipso garantierte, ob man die Goldwährung wieder einführt oder nicht. Ferner erfordert eine solche Währungsordnung eine angemessene Versorgung mit internationaler Liquidität, die dann gewährleistet ist, wenn die offiziellen Währungsreserven zwar insgesamt mit dem Volumen des internationalen Handels steigen, jedoch keineswegs im gleichen Ausmass. Eine angemessene Versorgung mit internationaler Liquidität setzt eine «Devisenkomponente» voraus, die den Vorteil bietet, dass man ihre Vermehrung kostenlos und rational, entsprechend den tatsächlichen Erfordernissen steuern kann, zum andern liegt in dieser Freiheit natürlich auch die Gefahr des Missbrauchs. Auf Grund dieser Kriterien folgert Issing, dass der gegenwärtige «Dollarstandard» als Leitwährungssystem keineswegs die Voraussetzungen einer internationalen Währungsordnung erfüllt. «Das Dilemma der gegenwärtigen Situation ist nicht so sehr eine Frage der internationalen Währungsordnung als vielmehr ein Problem der nationalen Geldpolitik; das internationale Währungswesen wird ,nur' insoweit berührt, als sich aus der autonomen nationalen Geldpolitik Folgen für den internationalen Handels- und Kapitalverkehr ergeben. Feste Devisenkurse und freie Konvertibilität lassen sich auf die Dauer eben nur miteinander vereinbaren, wenn alle beteiligten Staaten in ihrer nationalen Geldpolitik annähernd konform gehen, wenn sie die nationale Geldversorgung nicht im Gegensatz zum Prinzip des Ausgleichs der Devisenbilanzen ausrichten.» (S. 548).

LITERATUR/BIBLIOGRAPHIE

Lexique de l'Economie Suisse

Publié par un Comité de rédaction sous le patronage de la Société suisse de Statistique et d'Economie politique. Neuchâtel 1965. A la Baconnière. VIII, 654 p. Fr. 100.—.

Den Anstoss zur Herausgabe dieses ersten in französischer Sprache abgefassten Nachschlagewerkes über die schweizerische Wirtschaft gab die Expo 1964, so wie die erste Auflage des « Handbuches der schweizerischen Volkswirtschaft » anlässlich der Landesausstellung von 1959 erschien. Die meisten Verfasser der Beiträge – Hochschullehrer, Chefbeamte, Verbandssekretäre, Unternehmungsleiter usw. – sind französischer Zunge; die vereinzelt Artikel deutschsprachiger Herkunft wurden übersetzt. Präsident der 14köpfigen Redaktionskommission war Dr. *Albert Masnata*, Direktor der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung in Lausanne.

Die Versuchung liegt nahe, das « Lexique » mit dem « Handbuch » zu vergleichen, denn Aufbau und Zweck der beiden Werke sind ähnlich. Auch im erstgenannten sind die insgesamt 155 Beiträge in alphabetischer Reihenfolge geordnet, wobei eng verwandte Problemkreise und Artikel unter einem repräsentativen Sammelstichwort zusammengefasst sind. Als 1959 die Schweiz. Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft die erste Auflage ihres « Handbuches » herausgab, ging es darum, die bisherige Entwicklung und den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Schweiz in einem kritischen Zeitpunkt zu beschreiben. 1955 drängte sich eine neue Auflage auf, denn der Krieg hatte tiefgreifende Veränderungen zur Folge gehabt, und seit 1945 hatte die wirtschaftliche Entwicklung im Zuge der allgemeinen Hochkonjunktur eine z. T. rasche Gangart eingeschlagen. Das heute vorliegende « Lexique » will ebenfalls die Bilanz der seitdem verstrichenen zehn Jahre ziehen – aber auch mehr als das: es möchte das Grundsätzliche festhalten und die immer grösser werdende Bedeutung und Vielfältigkeit der sich stellenden wirtschaftlichen Probleme aufdecken. Gemeinsames und Abweichendes in der Konzeption der beiden Nachschlagewerke sollen im folgenden kurz erörtert werden.

Das « Lexique » ist bedeutend weniger umfangreich als das zweibändige deutschsprachige « Handbuch ». Schon dieser äussere Umstand zwang zu einer Straffung des darzustellenden Stoffes und zur Vernachlässigung von Randgebieten. Dem Wunsche der Herausgeber folgend, befreilichigten sich die Autoren, bei der Abfassung ihrer Beiträge eine konzise und synthetische Darstellungsweise anzuwenden. So werden bei der Behandlung gewisser Industriezweige nicht nur die geschichtlichen, technischen, statistischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aspekte beleuchtet, sondern auch Gesetzgebung und Finanzierung skizziert. Von statistischen Tabellen wird sparsam Gebrauch gemacht, weil sie ohnehin bald überholt sind und ausserdem Zahlenmaterial ohne grosse Mühe anderswo zu finden ist; man trifft Tabellen vor allem dort an, wo markante Veränderungen wirtschaftlicher Verhältnisse im Verlauf der zehn letzten Jahre hervorgehoben werden sollen (z. B. Entwicklung des Fremdarbeiterbestandes). Die Knappheit des verfügbaren Raumes macht sich auch bei den bibliographischen Angaben bemerkbar, die am Ende der Beiträge aufgeführt werden: es sind in erster Linie die Monographien neueren Datums berücksichtigt worden, dazu allerdings noch wichtige Zeitschriftenaufsätze zum Thema und bemerkenswert zahlreiche amtliche

Veröffentlichungen, dies offenbar um dem wachsenden Einfluss des Staates auf das wirtschaftliche Geschehen Rechnung zu tragen. Dass das «Lexique» das «Handbuch» nicht ersetzen kann – was übrigens von den Herausgebern nicht beabsichtigt war –, wird gerade in diesen Kurzbibliographien deutlich. Wer weitere Literaturangaben und Informationen über ein bestimmtes Sachgebiet wünscht, greift mit Vorteil noch zum «Handbuch»; bei mehreren bibliographischen Übersichten im «Lexique» wird übrigens ausdrücklich auf das deutschsprachige Nachschlagewerk verwiesen.

Wenn auch das «Lexique» aus dem erwähnten Grunde weniger Stichworte aufweist als das «Handbuch», so gibt es wiederum Sachgebiete, die nur im neuen Werk figurieren, weil darüber noch vor zehn Jahren z. T. keine klar formulierten Begriffe vorhanden waren. Als Beispiele seien erwähnt: «Aide aux pays en voie de développement», «Automation», «Public relations», «Recherche opérationnelle», «Recherche scientifique industrielle», «Recherche scientifique universitaire», «Régionalisme économique». Andere Sachgebiete, die erst in jüngster Zeit für unser Land Bedeutung gewannen, wurden unter den entsprechenden Sammelstichworten behandelt, so z. B. die «Oléoducs» (Pipelines) unter dem Titel «Transports». Noch andere Problemkreise schliesslich, die im «Handbuch» nur in einem Abschnitt eines Beitrages behandelt wurden, avancierten zu selbständigen Stichworten, weil sie an Bedeutung zugenommen haben: unter dem Titel «Intégration et coopération économiques européennes» werden die Integrationsbestrebungen dargestellt und natürlich auch die Stellungnahme der Schweiz erwähnt.

Ein wichtiger Bestandteil eines jeden Nachschlagewerkes ist das Sachregister. Das «Lexique» hat deren drei: ein französisches alphabetisches Register, ein entsprechendes deutsches Register, dem die französischen Ausdrücke beigelegt sind, und ein alphabetisches Verzeichnis der 135 Beiträge. Damit ist Gewähr geboten, dass sich der Leser rasch zurechtfinden kann, selbst wenn er die französische Sprache nicht gut beherrscht. Man kann sich nur fragen, ob es nicht von Vorteil gewesen wäre – um eine weitere Erleichterung der Benützung zu erreichen –, am Ende der Beiträge jene Stichworte anzugeben, die noch ergänzende Informationen vermitteln könnten. Dieses in deutschen Nachschlagewerken bekannte Verfahren schiene dem Rezensenten vor allem dort am Platz, wo infolge der alphabetischen Reihenfolge der Beiträge Verwandtes zerstreut ist. Beispielsweise hätte beim Stichwort «Banques» auf die Titel «Législation bancaire» und «Secret bancaire» hingewiesen werden können und umgekehrt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit diesem neuen, sorgfältig gedruckten Handbuch allen an Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Leben unseres Landes interessierten Kreisen ein sehr nützliches Informationswerk geschenkt wurde, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

C. Mentha

Böhler, Eugen

Der Mythos in Wirtschaft und Wissenschaft. (Beiträge zur Wirtschaftspolitik, hg. v. E. Tuchtfeldt, Bd. 3.) Freiburg i. Br. 1965. Verlag Rombach. 580 S. Geb. DM/Fr. 37.—.

Wirtschaftslebens gegenüber nicht hinter unverbindlichen banalen Stereotypen verschanzen, sondern sich ernsthaft um die Einbeziehung der geistig-seelischen Kräfte in das theoretische Gesamtbild bemühen. Ausgehend von der Psychologie C. G. Jungs macht Böhler in immer neuen Ansätzen darauf aufmerksam, dass «die rationale Organisation der modernen Wirtschaft, Politik und Kultur auf einem unbewussten und irrationalen Untergrund beruht, der infolge seiner Primitivität eine ständige Bedrohung der modernen Gesellschaft bildet»; diesen irrationalen Untergrund sieht Böhler hauptsächlich in den *Zukunftserwartungen* und in dem *Selbstbewusstsein* verkörpert, Quellen aller schöpferischen Tätigkeit der Individuen und der Staaten, ihrem Wesen nach jedoch «blind und irrational». Insbesondere die «Hybris des Selbstbewusstseins», deren auch der Wissenschaftler nur durch eine systematische Selbstanalyse Herr werden kann, gilt ihm als die verhängnisvolle Quelle aller Kriege, Kämpfe und Revolutionen, viel gewaltiger in ihren Wirkungen als die Sexualität, «weil sie die öffentlichen „Laster“ bedingt – jene nur die privaten – und jeder die Hybris nur am anderen, aber nicht bei sich selbst erkennt».

Die vorliegende Sammlung älterer und neuerer Arbeiten spiegelt die eigene geistig-seelische Entwicklung ihres Verfassers wider, jenen «lebenslangen Reifungsprozess», an dessen Ende die kritische Selbstbesinnung auf die eigene Befangenheit in Ideologien und Vorurteilen steht; «man ist Teil seiner Geschichtsepoche, seines Zeitgeistes, seiner Nation, seiner Rasse, seiner Familie und seines Standes». Das «Blendungsmittel», welches das Denken gegen alle Kritik und alle früheren Erfahrungen abschliesst, ist für Böhler der «Mythus», den er auch und gerade in der Wissenschaft ebenso am Werke sieht wie in der Politik, in der Kultur und allen anderen Lebensbereichen; der Mythus «ist einerseits lebensnotwendig, weil er der Ausdruck der Hoffnung ist, zugleich aber blind, um unser Überleben trotz der Bedenken des Verstandes und der Wissenschaft sicherzustellen». Der Mythus spielt auch im Leben jedes einzelnen eine fundamentale Rolle, weil er Träger des Selbstbewusstseins unabhängig von allen Erfahrungen und Qualitäten ist; «daraus erklärt sich auch, dass unser Denken gar nicht in erster Linie auf Logik und Tatsachen beruht, sondern auf den vitalen Tatsachen des eigenen Mythus des Selbstbewusstseins und der Zukunftserwartung».

Diese Grundgedanken finden sich in den Aufsätzen und Vorträgen des vorliegenden Sammelbandes mannigfaltig variiert und vielfach wiederholt; in Tageszeitungen, wirtschafts-wissenschaftlichen und psychologischen Zeitschriften, veröffentlichten und bisher unveröffentlichten Vorträgen und Beiträgen bis zu seiner Abschiedsvorlesung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich über Stellung und Aufgabe der Wissenschaft spiegelt sich die Lehre Böhlers über die Bedeutung des «Mythus» in Wirtschaft und Wissenschaft in vielen Facetten. Die Anordnung der einzelnen Beiträge geht vom Allgemeinen zum Besondern, von den Aufgaben des Nationalökonomien über die unbewussten Triebkräfte in Wirtschaft und Gesellschaft einschliesslich ihrer ethischen Probleme bis zu den konkreten Fragen der Wirtschaftsordnung, Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik; zwei Jahrzehnte wissenschaftlichen Bemühens um die psychischen Grundlagen und Hintergründe des Wirtschaftslebens haben in diesen Arbeiten ihren Niederschlag gefunden. Mag man die Ausschliesslichkeit, mit der das psychologische Weltbild Böhlers sich an der häufig etwas ins Nebulose und «Numinose» ableitenden Lehre seines Meisters C. G. Jung orientiert, an manchen Stellen bedauern, wo andere Blickrichtungen vielleicht besser am Platze gewesen wären, so schulden wir doch der geschlossenen geistigen Leistung dieses Lebenswerkes im Dienste der psychologischen Durchdringung der wirtschaftlichen Probleme höchste Anerkennung.

Aufgaben und Übungen zur Wirtschaftstheorie. Tübingen 1965. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 144 S. DM 12.—.

«Die ökonomische Theorie ist eine Denktechnik, die man einüben muss wie eine Sprache.» Schneider stellt diesen Ausspruch *Schumpeters* gewissermassen als Motto seiner Aufgabensammlung voran. Über 800 Aufgaben und Übungen aus beinahe allen Gebieten der Wirtschaftstheorie sollen die Studierenden mit der ökonomischen Denktechnik vertraut machen. Der Aufbau des Buches lehnt sich eng an Schneiders dreibändige «Einführung in die Wirtschaftstheorie» an. Der erste Teil enthält vor allem Aufgaben zur Theorie des Wirtschaftskreislaufes und zur Nationalen Buchhaltung, der zweite Teil ist Aufgaben und Übungen aus der Mikrotheorie gewidmet, während im dritten Teil Geld und Kredit, die Determinanten und die Schwankungen des Volkseinkommens behandelt werden. Der vierte Teil enthält Aufgaben aus verschiedenen Gebieten einschliesslich Dogmengeschichte, er ist vor allem für fortgeschrittene Studenten gedacht, die bereits die Grundlagen der Theorie beherrschen.

Diese Aufgabensammlung kommt einem echten Bedürfnis entgegen; sie ermöglicht es den Studierenden, die ökonomischen Gedankengänge einzuüben und gestattet ihnen gleichzeitig, den Stand ihres erarbeiteten Wissens zu kontrollieren. Sie schliesst jedoch auch die Gefahr in sich, dass das Einpauken auf Kosten des selbständigen Denkens gefördert wird. Gerade die enge Anlehnung an Schneiders «Einführung» fördert die Tendenz zum blossen Memorieren von Begriffen. Studierende, deren Ausbildung auf Grund von englischen oder amerikanischen Lehrbüchern erfolgte, werden bei einigen Aufgaben Mühe haben, die Fragestellung zu verstehen. Es sind dies die Aufgaben, die ganz spezifisch auf einzelne Abschnitte in Schneiders «Einführung in die Wirtschaftstheorie» zugeschnitten sind und der Repetition bestimmter Begriffe und Definitionen dienen. Daneben findet sich aber auch eine grosse Zahl von Aufgaben und Übungen, die viel allgemeiner gehalten sind, und von jedem Studenten, gleichgültig nach welchem Theorielehrbuch seine Ausbildung erfolgt ist, gelöst werden können. Diese allgemeineren Aufgaben, die in erhöhtem Masse zum selbständigen Denken anregen, machen Schneiders Aufgabensammlung vor allem wertvoll. Sie bieten den Studierenden eine reiche Übungsmöglichkeit, und auch die Leiter von Anfängerseminaren in Theorie werden gerne auf einige dieser Aufgaben zurückgreifen.

Heidi Schelbert-Syfrig

Einkommenstheorie

Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart. Bearb. von Werner Hofmann.
(Sozialökonomische Studententexte, Band 2.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 318 S.
DM 19.80

Es stellt sich immer wieder die Aufgabe, die Studierenden der Nationalökonomie an die Originärquellen der theoretischen Meister heranzuführen. Bekannt ist die Anthologie, die K. Diehl und P. Mombert vor gut einer Generation herausgegeben haben. E. Schneider geht im 4. Band seiner Lehrbuchreihe ähnliche Wege. In derselben Richtung bewegt sich auch W. Hofmann. In der Publikation «Einkommenstheorie»

legt er den 2. Band seiner sozialökonomischen Studentexte vor. Aus den Werken der bedeutendsten Verteilungstheoretiker wählt er bestimmte Passagen aus, die er mit einigen ergänzenden Bemerkungen miteinander verbindet. Daran schliesst sich eine Würdigung bzw. eine Kritik an, bei der er vor allem andere Autoren heranzieht, ergänzt durch eigene kritische Bemerkungen.

Es breitet sich hier ein weites Spektrum aus: Von den Merkantilisten geht der Weg über die Physiokraten, Klassiker, Sozialisten, Neoklassiker bis zum makroökonomischen Ansatz von *E. Preiser*. Allein die so präsentierte Fülle stellt eine sehr beachtliche Leistung dar, besonders dann, wenn man feststellt, dass sich *W. Hofmann* nicht allein auf die Standardwerke der betreffenden Theoretiker beschränkt, sondern auch auf weniger bekannte Schriften zurückgreift. Hier zeigt sich die grosse Belesenheit des Autors, der auch sonst noch eine Fülle von Literatur verarbeitet. Es besteht daher kein Zweifel, dass in dieser Hinsicht für ein solches nicht leichtes Vorhaben die Voraussetzungen auf das beste erfüllt sind. Trotzdem muss der Rezensent gestehen, dass er bei der Lektüre nicht ganz glücklich geworden ist. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich.

Der eine Grund liegt in der Fülle des Stoffes selbst. So kann *Hofmann* aus Raumangel von den betreffenden Theoretikern nur ein paar kurze Passagen – häufig nur ein paar zusammenhängende Zeilen – wiedergeben, was aber zu kurz ist, als dass der Leser ein Gefühl für Diktion und Duktus der betreffenden Autoren erhält. Nur bei *Marx* und bei *Thünen* – dem ersten Autor widmet er 32 und dem zweiten 17 Seiten – wird dies erreicht. Noch stärker empfindet man dies bei der Würdigung. Hier wird eine solche Menge an kritischen Stimmen angeführt, dass sich der Studierende darin verliert. Dies trifft besonders für die Grenzproduktivitätstheorie zu, an der übrigens *Hofmann* kein Haar ungekrümmt lässt. Hier ist praktisch alles vorgetragen worden, was im Laufe der Zeit gegen die Grenzproduktivitätstheorie eingewendet worden ist. Was sich da alles an Missverständnissen und Fehltritten eingestellt hat, ist für einen Leser wie den Rezensenten ganz instruktiv, sicherlich aber nicht für den Studierenden. Umgekehrt verhält es sich bei *Marx*. Man wird es begrüßen, dass *Hofmann* manch undifferenzierte und schablonenhafte Kritik an *Marx* zurückweist. Auf der anderen Seite jedoch unterlässt er die entscheidende Kritik an der Arbeitswerttheorie von *Marx*. Bei ihrer Nichthaltbarkeit fällt aber dessen Verteilungstheorie wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Das Ausbleiben einer solchen Kritik bedeutet aber, dass hier dem Studierenden eine ganz entscheidende Orientierungstafel fehlt. Auch sonst werden bei der Diktion Akzente verteilt, denen man nicht ohne weiteres zustimmen kann. So wird dem 4. Teil, der auf die Darstellung von *Marx* folgt und die Grenznutzenschule, *J. H. Thünen*, *J. B. Clark* usw. behandelt, die Überschrift «Einkommenslehre aus dem Geist der Rechtfertigung» gegeben. Hier werden einfach die geistigen Bezüge verkannt. Die subjektive Wertlehre ist als Antwort auf die objektive Wertlehre der Klassiker zu verstehen, woraus sich zwangsläufig die entsprechenden Konsequenzen für die Verteilungstheorie ergeben. Mit Rechtfertigung oder sogar als Antwort auf den Sozialismus hat dies nichts zu tun.

Es ist nicht leicht, über diese Arbeit ein zusammenfassendes Urteil zu geben. Vielleicht kann es in dieser Weise geschehen. Für den ausgebildeten Nationalökonom bietet dieser Band eine Fülle von Stoff und Literatur, wie er ihn über diesen Fragenkreis kaum in einer anderen Publikation vorfindet. Für den Studierenden hingegen dürfte die Fülle und auch die Diktion eher verwirrend als klärend wirken. So möchte der Rezensent das Buch gerade denen empfehlen, für die es nicht primär geschrieben worden ist.

Die Lehre von der optimalen Bevölkerungszahl. Darstellung und Kritik. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 89.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 150 S. DM 22.80.

Die Idee, die den Kern der Optimumtheorie bildet, ist einfach: Für jeden bestimmten Raum gibt es eine Bevölkerungszahl, die im Hinblick auf ein angestrebtes Ziel am günstigsten ist (S. 13). Zur praktischen Anwendung dieser Theorie müsste man: (1) das angestrebte Ziel präzisieren; (2) die Methoden für die Bestimmung der im Hinblick auf dieses Ziel «optimalen» Bevölkerungszahl entwickeln; und (3) die Möglichkeit gezielter Änderungen der tatsächlichen Bevölkerungszahlen zwecks ihrer Anpassung an das Optimum prüfen. Diese drei Aufgaben werden vom Verfasser kritisch untersucht, wobei er nur die erste als lösbar betrachtet: Im wirtschaftlichen Wohlstand, gemessen etwa mit dem Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung, erblickt er die einzig vertretbare Zielsetzung einer Optimumtheorie (S. 32).

Der kritischen Auseinandersetzung mit der zweiten Aufgabe der Theorie, mit der Bestimmung der «optimalen» Bevölkerungszahl widmet der Verfasser den größten Teil seiner Arbeit. Bei der Anwendung der *ceteris-paribus*-Klausel, wodurch alle relevanten Faktoren mit Ausnahme der Bevölkerungszahl konstant gehalten werden, wandle sich die Optimumtheorie in ein reines Gedankenexperiment. Sobald man jedoch diese Einschränkungen fallen lässt, werde die Feststellung der optimalen Bevölkerungszahl zu einem unerfüllbaren Wunsch. «Das Ergebnis dieser Arbeit» – heisst es auf S. 145 – «ist... die Erkenntnis, dass die Optimumtheorie kein verlässliches Instrument der Wirtschaftspolitik darstellt, weil die optimale Bevölkerungszahl... auch nicht mit annähernd ausreichender Genauigkeit ermittelt werden kann.»

Mit dem Kapitel «Möglichkeiten und Erfolgsaussichten gezielter Bevölkerungszahländerungen» überschreitet der Verfasser eigentlich den Rahmen der Optimumtheorie. Sie hat sich nie mit den Ursachen von Bevölkerungsveränderungen befasst (S. 11) und kann deshalb auch keine Einsicht in die dynamischen Zusammenhänge gewähren.

Am Anfang seiner Arbeit stellt der Verfasser fest, dass Bevölkerungsfragen in neuester Zeit besondere Aktualität erlangt hätten. Darf darin die Begründung für eine neue Auseinandersetzung mit der Optimumtheorie gesucht werden, welche doch heute von den Bevölkerungswissenschaftlern fast ohne Ausnahme für ein «praktisch bedeutungsloses Gedankenexperiment, das auf einen geschichtlichen Sozialprozess nicht mit irgendeinem Gewinn anwendbar ist», gehalten wird (*Mackenroth*)? A. Miller

Multiplicateur des dépôts et multiplicateur des crédits. La Haye 1963. Martinus Nijhoff. 286 p. Fr.b. 350.

In dieser Arbeit stellt sich der Verfasser in erster Linie die Aufgabe, eine empirische Untersuchung der Depositen- und Kreditschöpfungsmultiplikatoren in *Belgien* während der Nachkriegszeit zu geben. Dieses Vorhaben wird jedoch erst im zweiten Teil der Arbeit verwirklicht. Im ersten Teil widmet sich der Verfasser zuerst – als Vorbereitung für den empirischen Teil – einer umfangreichen *theoretischen* Analyse des Depositen- und Kreditschöpfungsprozesses.

Diese theoretische Analyse wird in traditioneller Weise durchgeführt. Man begegnet hier (wieder einmal) den bekannten «Koeffizienten» aus der traditionellen Geldangebotstheorie, wie der Bargeldquote des Publikums, dem Pflichtreservesatz der Banken, dem «freien» Reservesatz der Banken, der Rediskontierungsquote der Banken bei der Zentralbank, der Pflichtquote der Banken an Staatspapieren usw. Diese Koeffizienten werden zuerst als Konstante behandelt, dann werden sie variiert, und es werden die Auswirkungen ihrer Schwankungen auf die verschiedenen Multiplikatoren untersucht. Am Schluss des ersten Teils wendet sich der Verfasser noch kurz und in summarischer Weise der *Nachfrage* nach Geld und Kredit zu.

Von der empirischen Untersuchung im zweiten Teil seien lediglich zwei Ergebnisse hervorgehoben. 1. Die Depositen- und Kreditschöpfungsmultiplikatoren haben in der Nachkriegszeit in Belgien nie hohe Werte erreichen können, offenbar darum, weil das belgische Publikum seine Kasse zu nicht weniger als 70 % in Bargeld (Zentralbankgeld) zu halten wünscht (gegenüber etwa 24 % in den USA). Diese hohe Bargeldquote – die sich übrigens in ähnlicher Weise auch in anderen europäischen Volkswirtschaften feststellen lässt – hat die Wirkungsmöglichkeiten der Geldpolitik stark eingeschränkt, insbesondere wenn es darum ging, mittels einer Beeinflussung des Kassenreservesatzes der Banken eine Expansion der Geldmenge einzuleiten. 2. Bis zur Reform vom Jahre 1962 bestand offenbar ein gewisser Widerspruch zwischen den Bemühungen der Geldpolitik einerseits und der Tätigkeit des Staates anderseits. Die Anstrengungen der Geldpolitik zur Einengung der Geldmenge blieben teilweise unwirksam, weil der staatliche Sektor gewisse, den Banken durch Wertpapieremissionen entzogene Mittel nicht stilllegte, sondern in den Kreislauf zurückführte.

Was lässt sich als Gesamteindruck über diese Arbeit sagen? Der theoretische Teil bietet trotz seiner grossen Ausführlichkeit an sich wenig Neues. Der Verfasser hat sich hier – wie es scheint *bewusst* – enge Grenzen gesetzt. Die «Mechanik» der verschiedenen Multiplikatoren wird zwar ausführlich vordemonstriert, dafür aber bleiben die Kernfragen, die die moderne Geldangebotstheorie heute beschäftigen, überhaupt nicht, oder dann nur sehr andeutungsweise, berührt. Trotzdem: Als detaillierte *Übersicht* über die traditionelle Geld- und Kreditschöpfungstheorie ist dieser Teil wertvoll.

Der empirische Teil hingegen dürfte auch einem breiteren Leserkreis manche Anregung bieten. In theoretischer Hinsicht mag die traditionelle Geld- und Kreditschöpfungstheorie zuweilen als zweifelhaft erscheinen, in praktischer Hinsicht jedoch kann man ihr unseres Erachtens einen gewissen Wert nicht absprechen – sei es nur um die *Grenzen* der Geld- und Kreditschöpfung abzuschätzen. Die Tatsache, dass sich die Untersuchung des Verfassers allein auf Belgien bezieht, mindert ihren Wert wenig; denn die Probleme, die die belgische Geld- und Kreditpolitik in der Nachkriegszeit beschäftigten, sind allgemeiner Natur und lassen sich in mehr oder weniger abgewandelter Weise auch in anderen Volkswirtschaften antreffen.

M. Hauser

Meiselman, David and Shapiro, Eli

The Measurement of Corporate Sources and Uses of Funds. Rahway, N.J. 1964. Quinn & Boden Co., for the National Bureau of Economic Research. (Technical Paper 18.) XVI, 281 p. \$ 4.50

L'utilité des comptes nationaux pour l'analyse économique dépend de la déconsolidation des principaux agrégats entre secteurs, opérations et périodes. L'intégration des flux

financiers et monétaires dans ces comptes implique une distinction élémentaire entre institutions financières et entreprises non financières. L'ouvrage de Meiselman et Shapiro, qui fait partie d'un programme d'étude par le NBER du marché américain des capitaux depuis la guerre, est essentiellement statistique et ne peut donc être résumé. Il faut le mentionner comme un essai de présenter les opérations financières des sociétés de manière plus détaillée et plus significative que dans les comptes nationaux américains et de quelques pays européens.

Les sociétés non financières sont l'une des parties importantes au marché des capitaux. L'origine et l'affectation de leurs fonds sont établies sur une base annuelle pour 1950 à 1955, et trimestrielle pour 1953 à 1955. Ces résultats montrent l'influence du marché financier sur la gestion des sociétés, notamment sur la politique d'investissement. Il y a ventilation entre six secteurs ou branches d'activité non agricoles, et distinction de seize sources de fonds différentes et quinze catégories d'affectation. Les chiffres trimestriels, qui représentent une déconsolidation dans le temps, rendent compte beaucoup mieux que les données annuelles des fluctuations du marché des capitaux.

Les résultats diffèrent des deux statistiques disponibles aux Etats-Unis : les évaluations du Federal Reserve Board, à partir de 1939, actuellement établies sur une base trimestrielle, mais sans ventilation entre secteurs d'activité ; les statistiques du Département of Commerce, à partir de 1946, où les opérations entre sociétés et autres secteurs sont enregistrées nettes. Mais les bases d'évaluation sont généralement les mêmes (chapitre 2). Il s'agit surtout des « Statistics of Income » (US Treasury Department, Internal Revenue Service) et des données établies par la Securities and Exchange Commission (SEC) et la Federal Trade Commission (FTC).

Les diverses sources de fonds, internes (profits, dépréciation) et externes, et affectations sont délimitées de manière détaillée. Elles comprennent à la fois des opérations courantes et financières. La composition des différences par rapport aux évaluations du Federal Reserve Board est présentée aussi en détails. Des erreurs subsistent, et des propositions sont formulées, visant surtout les possibilités d'améliorer les bases statistiques avec des moyens limités.

B. Schmutz

Cagan, Philip

Determinants and Effects of Changes in the Stock of Money, 1875-1960. (Studies in Business Cycles, 13.) New York 1965. Columbia University Press, for the National Bureau of Economic Research. 380 p. \$ 10.00.

La divergence entre théories quantitatives et générales quant au rapport entre masse monétaire et activité économique traduit notamment l'absence d'évidence statistique. L'ouvrage de P. C., préfacé par *Milton Friedman*, suit l'importante « Monetary History of the United States, 1867-1960 » de *Milton Friedman* et *Anna Jacobson Schwarz* (Princeton University Press, 1963), dont il reprend une partie des données statistiques. Il conclut également à l'influence causale, du moins à long terme, de la masse monétaire. Les deux ouvrages font partie d'un programme d'étude, par le NBER, de l'influence des facteurs monétaires sur l'économie. Ceci explique plusieurs analogies, en particulier l'emploi des cycles de référence établis précédemment par le Bureau. L'analyse de l'offre monétaire par *Friedman/Schwarz* est surtout chronologique, avec référence à des événements qualitatifs. Elle doit être complétée par l'étude des corrélations entre demande monétaire, vitesse de circulation et principaux agrégats économiques, classés par catégories statistiques plutôt que chronologiquement (« Trends and Cycles in the Stock

of Money in the United States », à paraître, pour le NBER). L'étude de P. C. comporte une triple démarche: décrire l'évolution à long terme et conjoncturelle de la masse monétaire et la contribution de ses trois facteurs; en analyser le mécanisme; préciser, sur la base de ces observations, l'influence de la monnaie sur les prix et la production. Si l'influence de l'activité économique sur les facteurs de l'offre monétaire n'est pas apparente, on peut admettre que le rapport causal est essentiellement inverse.

La masse monétaire (M) comprend la monnaie d'appoint et les billets de banque, les dépôts à vue et à terme du public et des entreprises non financières auprès des banques commerciales, et les disponibilités de ces banques auprès du Federal Reserve System. L'évolution résulte de trois variables: le montant des encaisses (highpowered money), qui peuvent servir de couverture des dépôts bancaires (H), traduit l'influence du Federal Reserve System et du gouvernement; le rapport entre encaisses (C) et dépôts (D) détenus par le public et les entreprises non financières (currency ratio), qui affecte la répartition de ces encaisses; le rapport entre encaisses des banques commerciales (R) et dépôts inscrits à leur passif (D). Le stock monétaire varie en raison directe du volume des encaisses et en raison inverse des deux taux:

$$M = \frac{H}{\frac{C}{M} + \frac{R}{D} - \frac{C}{M} \cdot \frac{R}{D}}$$

L'expansion à long terme de la masse monétaire, entre 1875 et 1955, résulte pour neuf dixièmes de l'augmentation des encaisses et un dixième seulement de la diminution des deux taux, apparente surtout avant 1914. La contribution croissante des encaisses correspond ensuite au fonctionnement du Federal Reserve System. Jusqu'en 1914, ces encaisses sont surtout liées aux réserves d'or monétaire. Mais il y a influence des deux taux sur ces réserves, due au gold standard, et l'augmentation de la masse monétaire pourrait avoir été la même avec la stabilité des taux.

L'évolution conjoncturelle du stock monétaire est analysée pour des cycles d'intensité différente. Le rapport encaisses/dépôts du secteur non financier explique la moitié des variations de la masse monétaire, et le volume total des encaisses et le taux de couverture des dépôts dans les banques chacun environ un quart. Mais la contribution du volume total des encaisses tend à augmenter, avec l'intervention du Federal Reserve System, au détriment du taux de couverture des banques, que l'amélioration du système monétaire stabilise. La même tendance est observée à l'intérieur des cycles, bien que moins précise pour les cycles accentués où la contribution du taux d'encaisses du secteur non financier est plus grande. L'analyse de l'évolution à long terme et conjoncturelle des trois variables forme la partie la plus importante de l'ouvrage (chapitres 3, 4 et 5). Elle comporte l'histoire des principaux développements bancaires aux Etats-Unis.

L'évolution à long terme du volume total des encaisses résulte surtout du niveau des réserves d'or et des opérations du Federal Reserve System depuis 1915. Les opérations du Trésor et des banques d'émission locales (jusqu'en 1935) sont plus perceptibles à court terme. Les variations du stock d'or comptent pour deux tiers de l'évolution des encaisses avant 1914. Le gold standard implique un rapport, en particulier à long terme, entre flux monétaires avec l'étranger et encaisses, par l'intermédiaire des revenus et de la balance des paiements. Ces variations comptent ensuite pour deux cinquièmes de l'évolution des encaisses, les flux d'or résultant alors aussi des opérations du Federal Reserve System. Il en suit une instabilité accrue du rapport entre réserves d'or et encaisses. L'émission de billets de banque varie suivant sa rentabilité, et diminue lorsqu'il y a baisse des taux d'intérêt et hausse du cours des fonds d'Etat. Le ralentissement de l'émis-

sion après 1880 neutralise à raison de trois quarts l'influence inflationniste des achats d'argent par le Trésor. Plus tard, l'émission d'obligations limite l'émission de billets.

La détention d'encaisses par le secteur non financier est due aux transactions et à la conservation d'épargne. La diminution, jusqu'en 1930, du taux d'encaisses, du rapport entre encaisses et dépenses et de la vitesse de circulation de la monnaie, traduit une substitution des dépôts bancaires aux encaisses et aux avoirs non monétaires. Bien que les pratiques de paiements résultent de facteurs multiples, cette évolution est surtout attribuée à l'urbanisation, qui implique l'élargissement du réseau bancaire, et à l'élasticité, inférieure à l'unité, de la demande d'encaisses par rapport à la hausse des revenus réels et de la fortune.

La redistribution des dépôts entre banques ayant des taux de couverture différents (types de banques, localisation, catégories de dépôts) influence peu, à long terme, le taux global de couverture. En revanche, la modification des dispositions légales sur l'encaisse bancaire affecte aussi d'éventuels excédents de couverture, la marge disponible n'étant généralement pas résiduelle. Cette marge diminue cependant jusqu'en 1930, ce qui résulte moins de l'évolution des taux d'intérêt que de la plus grande stabilité du marché monétaire, due au fonctionnement du National Banking System, puis du Federal Reserve System.

Pour l'ensemble de la période étudiée et jusqu'à 1914, la corrélation entre stock monétaire et prix de gros est positive et sensiblement plus élevée qu'entre prix et facteurs du stock monétaire, ce qui laisse admettre l'influence causale de la monnaie sur les prix et la production. Bien que moins précises, les mêmes différences existent après 1919. Les conclusions d'ordre causal tirées de la théorie quantitative ont été critiquées à partir de 1930 sur la base d'observations à court terme. D'après *Keynes*, la demande de prêts bancaires, qui dépend du profit escompté des investissements et donc de développements « réels », détermine l'évolution du stock monétaire et des prix. Ceci explique le paradoxe de *Gibson*, les banques centrales modifiant le rapport entre réserves monétaires et engagements en réponse aux variations des taux d'intérêt. Pour *Cagan*, le paradoxe de *Gibson* ne permet pas de conclusions quant à l'influence à long terme de la monnaie sur les prix.

Le rapport causal à long terme doit impliquer l'existence d'influences semblables à court terme. Mais la plupart des variations cycliques des trois facteurs de l'offre monétaire sont liées aux fluctuations de l'activité économique, et il y a vraisemblablement interdépendance. Les causes monétaires n'apparaissent prédominantes que lorsque le cycle est accentué et que les récessions s'accompagnent de distorsions financières.

Les conclusions de *Cagan* dépassent le cadre de l'économie américaine et peuvent valoir pour des systèmes monétaires analogues. L'intérêt de l'ouvrage est aussi historique et statistique. L'évolution du système bancaire américain et son fonctionnement sont souvent décrits de manière détaillée. Suivant la tradition du NBER, de nombreux graphiques illustrent les comparaisons, et les bases statistiques et méthodes de calcul utilisées sont présentées en appendices.

B. Schmutz

Kormann, Rolf

Die Wandelanleihe im schweizerischen Recht. (Abhandlungen zum schweizerischen Recht, N.F., Heft 368.) Bern 1965, Verlag Stämpfli & Cie. XVIII, 159 S. SFr./DM 24.—.

216 Wandelanleihen sind Obligationen, deren Inhaber berechtigt ist, Umtausch in Aktien der ausgehenden Gesellschaft zu verlangen. Sie sind in den 1920^{er} Jahren in den USA

aufgekommen und haben den Weg auch nach Europa gefunden; in der Schweiz sind sie allerdings erst in den letzten Jahren zu einem ins Gewicht fallenden Finanzierungsinstrument geworden. Kormann stellt die wichtigsten Emissionen seit 1960 zusammen; sie summieren sich auf rund 500 Millionen Franken.

Der wesentliche Anreiz der Wandelobligation für den Kapitalanleger liegt darin, dass sie für ihn in gewisser Masse die Vorteile von Obligation und Aktie vereinigt. Solange nicht gewandelt ist, ist er Obligationär mit fester Verzinsung und Gläubigeranspruch auf Kapitalrückzahlung; bei steigenden Gewinnen und Aktienkursen der ausgeben- den Gesellschaft kann er durch Wandlung profitieren. Diese Chancen haben es insbesondere bei den anfangs der 1960er Jahre in der Schweiz ausgegebenen Wandelanleihen ermöglicht, die Rendite und damit die Zinskosten für den Emittenten fühlbar unter derjenigen zu halten, die für reine Obligationen hätten bewilligt werden müssen. Der Emittent hat zudem den Vorteil, dass die Wandlung in der Regel mit sehr hohem Agio erfolgt, das bei einer gewöhnlichen Kapitalerhöhung erhebliche Widerstände bei den alten Aktionären hervorruft, besonders wenn die Renditen der Aktien so niedrig sind, wie dies in den letzten Jahren durchwegs der Fall war. Ferner ist mit einer Art automatischen Anpassung an den zukünftigen Kapitalbedarf zu rechnen: herrscht weiterhin Hochkonjunktur, wird in der Regel gewandelt und damit das Eigenkapital entsprechend den wachsenden Bedürfnissen vergrößert werden, geht die Konjunktur und damit der Kapitalbedarf zurück, kann die Rückzahlung der Wandelanleihe sogar erwünscht sein.

Immerhin wird man, alles in allem, die Wandelanleihe eher als eine ungesunde Erscheinung betrachten müssen. In den 1920er Jahren in den USA handelte es sich um wesentlichen darum, den soliden Obligationär irgendwie an den Chancen, welche die Börseneuphorie und der Haussetaumel vortäuschten, teilnehmen und ihn dafür mit einer niedrigeren Verzinsung bezahlen zu lassen, und bei den schweizerischen Emissionen der letzten Jahre haben Inflationsfurcht, Sachwert- und Wachstumspsychose, die sich vor allem in den krassen Unterschieden zwischen Obligationen- und Aktienrenditen zeigten, in ähnlicher Weise die im Wandelrecht liegende relative Sachwertsicherung wertvoll erscheinen lassen. Man kann durchaus zugeben, dass unter den gegebenen Umständen die Ausgabe von Wandelanleihen ein taktisch geschickter Schachzug der Emittenten und die damit verbundene Sachwertsicherung für den Obligationär von einem gewissen realen Wert ist – sie sind trotzdem ein Anzeichen für gestörte Kapitalmarkt- und Währungsverhältnisse.

Kormann behandelt die rechtliche Seite von Wandelanleihen auf Grund des schweizerischen Rechts. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, dass das Aktienkapital, das infolge der Wandelbegehren neu entsteht, auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses festgelegt werden muss, während sich bei einer Wandelanleihe nicht voraussehen lässt, wie viele Wandlungsbegehren gestellt werden. Das schweizerische Recht lässt im wesentlichen zwei Wege offen, diese Schwierigkeit zu meistern.

Die für die Erfüllung der Wandlungsbegehren eventuell benötigten Aktien werden bei Ausgabe der Wandelanleihe als sog. Vorratsaktien bereitgestellt. Denkbar ist es, dass diese durch Grossaktionäre zur Verfügung gestellt werden, jedoch wird dies selten sein und wirft die schwierige Frage auf, zu welchem Kurs dies geschehen soll. In der Regel werden diese Aktien von einem Dritten gezeichnet und zum Nennwert liberiert, der sich den Wandelobligationären gegenüber verpflichtet, ihre Wandelbegehren zu erfüllen. In diesem Falle erhält er vom Ausgeber der Wandelanleihe den Liberierungsbetrag gegen Rückgabe der entsprechenden Wandelobligation zurück.

Das Wandelrecht des Obligationärs ist derart unbedingt gesichert, da der zeichnende Dritte zwischen ihm und der ausgehenden Gesellschaft als Treuhänder steht; andererseits muss dieser Dritte für die gezeichneten und liberierten Wandelaktien die Stellung eines Aktionärs mit den damit verbundenen Risiken einnehmen. Eine Garantie der ausgehenden Gesellschaft für den Erlös aus den Wandelaktien liefe auf ein Rückzahlungsversprechen an einen Aktionär hinaus und ist unzulässig. Wie schwer dieses Risiko tatsächlich wiegt, hängt vom Verhältnis zwischen Nennwert und Kurswert der Aktien ab; heutzutage, wo der Kurswert in der Regel ein Mehrfaches des Nennwerts beträgt, wird es praktisch verschwinden.

Es muss damit gerechnet werden, dass nicht alle Vorratsaktien durch Wandelbegehren bezogen werden. Dies ist kein Problem; das Aktienkapital kann im Betrag der verbleibenden Vorratsaktien wieder herabgesetzt oder diese wie bei einer normalen Kapitalerhöhung verwertet werden.

Eine Möglichkeit, die Vorratsaktien zu schaffen, bespricht Kormann nicht, trotzdem sie ernsthaft in Betracht fällt: nämlich durch Umwandlung freier Reserven in sog. Gratisaktien. Alle die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, dass der zeichnende Dritte nach aussen als haftender Aktionär auftreten muss, würden hierbei vermieden.

In einer Hinsicht ist die Betrachtungsweise Kormanns diskutabel: er sieht in der Vergütung an den Dritten, der die Wandelbegehren erfüllt, eine Rückzahlung der Einlage, die allerdings zulässig ist, weil die Gesellschaft in mindestens demselben Masse von der Obligationenschuld befreit wird. Man könnte in der Wandlung aber auch eine Veräusserung der Aktie an den Wandelobligationär sehen, was die Gesellschaft genau so wenig berührt wie irgend ein anderes Geschäft in ihren Aktien. Anschliessend kassiert der zeichnende Dritte die fällig gewordene Wandelobligation ein, was wiederum mit seiner Aktienzeichnung nichts zu tun hat.

Der andere Weg ist, die Kapitalerhöhung durch die Generalversammlung nur im Grundsatz und innerhalb eines Rahmenbetrags zu beschliessen, die Durchführung aber der Verwaltung zu überlassen. Das Wandelbegehren ist dann rechtlich Zeichnung auf dieses neue Aktienkapital. Es ergeben sich ähnliche Verhältnisse wie bei der bedingten Kapitalerhöhung im deutschen oder beim authorized capital im angelsächsischen Recht. Das Verfahren wird jedoch in der Schweiz deshalb umständlich, weil die Generalversammlung Zeichnung und Liberierung des neuen Kapitals konstatieren und die neue Grundkapitalziffer ausdrücklich beschliessen muss. Man kommt nicht darum herum, so viele Generalversammlungen abzuhalten, als Wandeltermine eingeräumt sind; immerhin wird es sich praktisch einrichten lassen, dass die ganze Prozedur in der ordentlichen Generalversammlung abgewickelt werden kann. Viel wichtiger ist, dass das Wandelrecht der Obligationäre auf diese Weise prekär bleibt, da die Generalversammlung jederzeit auf ihren Kapitalerhöhungsbeschluss zurückkommen kann. In einem solchen Falle hätten die Wandelobligationäre keine Möglichkeit, ihr Wandelrecht durchzusetzen und blieben auf eine Schadenersatzklage beschränkt.

Kormann macht schliesslich noch einen Vorschlag zur gesetzlichen Regelung der Wandelanleihe, trotzdem seine sehr gründlichen und alle wesentlichen Aspekte behandelnden Ausführungen zeigen, dass auch auf Grund des geltenden schweizerischen Rechts Wandelanleihen auf in jeder Hinsicht korrekter und die berechtigten Interessen aller Beteiligten wahrer Weise ausgegeben werden können. Es ist offenbar eine unheilbare Krankheit unserer Zeit, jeder sich irgendwo zeigenden Schwierigkeit mit einem Gelegenheitsgesetzlein abhelfen zu wollen, auch wenn die zur Verfügung stehenden Rechtsformen durchaus genügen, alle legitimen Ziele zu erreichen.

Comparative Survey of Central Bank Law. (The Library of World Affairs, No. 64.)
London 1965. Stevens & Sons. XIII, 228 S. £ 3/-/-.

Die beiden ersten Notenbanken der Welt wurden, von interessanten chinesischen Vorläufern abgesehen, in den Jahren 1694 und 1695 in England und Schottland gegründet. Die Bank of England unterschied sich von Anfang an von der Bank of Scotland durch ihren mehr staatlichen Charakter. Weitere Gründungen von Notenbanken in Schottland, in Irland, Schweden, Deutschland usw. folgten nach. In den meisten Ländern bestanden im 18. und zum Teil im 19. Jahrhundert mehrere Banken zugleich, die einander Konkurrenz machten. Wenn die Entwicklung der letzten 50 Jahre sich in hohem Masse im Innern der nationalen Staaten vollzog und hier eine bedeutende Vervollkommnung und extreme Bequemlichkeit der nationalen Zahlungen brachte, so scheint sich der Schwerpunkt der Entwicklung neuerdings mehr auf das *internationale* Gebiet zu verlagern.

Nachdem Hans Aufricht im Jahre 1961 ein umfangreiches Werk über *Central Banking Legislation* herausgab, in welchem die vollständigen Gesetzestexte von 21 Ländern zu finden sind, erschien nun vom gleichen Autor im vergangenen Jahr eine Art Fortsetzung unter dem Titel *Comparative Survey of Central Bank Law*. Erstmals werden hier diese 21 Zentralbanken einer gemeinsamen vergleichenden Betrachtung unterzogen, wobei sich der Autor vornehmlich von *rechtlichen* Gesichtspunkten leiten liess. Die Auswahl der Zentralbankgesetze bezieht sich auf drei Ländergruppen:

1. Australien, Kanada, Rhodesien und Njassaland, Südafrika, Vereinigtes Königreich.
2. Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Japan, Korea, Pakistan, Philippinen.
3. Costa Rica, Kuba, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua.

Der Verfasser versucht vor allem folgende Fragen zu klären:

1. 'Are the basic concepts or techniques of central banking, such as the monetary unit, discount rate, and minimum reserve ratio, differently defined in different systems?'
2. 'Are the essential criteria of these concepts or techniques determined by domestic law embodied in parliamentary statute or in rules of the sub-statutory level? Or are they determined by usage? By rules of international law? Or by a combination of international and domestic rules?'
3. 'Are the central bank authorities in the exercise of their functions governed by mandatory rules or do they have discretion in the application of central bank law? If the authorities have discretion in the exercise of their functions, is this discretion unlimited, or is it subject to guiding principles prescribed by written law or by usage?'
4. 'Does the central bank have any implied powers, in addition to expressly enumerated powers, arising, for example, from a general authorisation to take any measures necessary to carry out its functions or from customary usage?'
5. 'How are conflicts of rules pertaining to different levels of law – for example, between international and domestic law – resolved?'

Mit seiner überaus gründlichen Studie hat Aufricht in weiten Bereichen Neuland betreten.

Toni Föllmi

Allgemeine Steuerlehre. 4. überarbeitete und ergänzte Auflage. Berlin 1965.
Duncker & Humblot. 290 S. Geb. DM 26.60.

Seit 1958 hat die finanzwissenschaftliche Forschung auch im Bereiche der allgemeinen Steuerlehre Fortschritte gemacht. Diese Forschungsergebnisse hat Schmölders bei der Überarbeitung der vorliegenden Auflage berücksichtigt, was einerseits in Akzentverschiebungen und andererseits in einer Erweiterung um rund 50 Seiten gegenüber der 3. Auflage erfolgte.

Die Ergänzungen kommen im geschichtlichen Überblick (erster Abschnitt) vor allem durch eine eingehendere Darstellung der Periode nach der Französischen Revolution zum Ausdruck. Wenig ist der zweite Abschnitt, welcher die Kunst der Besteuerung behandelt, verändert worden.

Der dritte Abschnitt analysiert die Wirkungen der Besteuerung und ist ein wichtiges Kapitel der Finanzwissenschaft. Das zwischen 1958 und 1965 angewachsene Schrifttum ist wie folgt bearbeitet worden: In der Einleitung wird der bisher bei den Markt- und Preiswirkungen vernachlässigte Zeitfaktor fühlbar aufgewertet. Der Verlauf der sogenannten *Föhl*-Debatte nach 1958 ist berücksichtigt worden. Die Ausführungen zur makroökonomischen Inzidenztheorie sind nicht nur in theoretischer Hinsicht erweitert worden, sie berücksichtigen auch die empirischen Untersuchungen. Zum Problem der Verteilung der gesamten Steuerlast wird betont, dass man die formale Inzidenz zwar statistisch ermitteln kann, aber nicht weiss, wer die Steuern letztlich trägt. Eine Intensivierung der Forschung ist nach Ansicht des Rezensenten besonders dringlich, wenn die Besteuerung nach der «Leistungsfähigkeit» mehr als theoretisches Prinzip sein soll. An Stelle der Überschrift «Die Steuerbelastung» tritt in der vorliegenden Auflage «Anpassungsprozesse nach der Steuerinzidenz», wobei die Verhaltensforschung stärker zum Zuge kommt.

Der Abschnitt «Steuersysteme» hat im ersten Kapitel (Begriff und Arten der Steuersysteme) und im zweiten Kapitel (Steuersystematik) keine nennenswerten Veränderungen erfahren. Das dritte Kapitel ist um «Internationale Steuerprobleme» wesentlich erweitert worden.

Nach wie vor dürfte das Werk von Schmölders die beste Einführung in die allgemeine Steuerlehre sein. Es muss als unentbehrlicher Bestandteil jenes nicht existierenden Lehrbuches der Finanzwissenschaft in deutscher Sprache betrachtet werden, das die theoretischen, die institutionell-technischen und die finanzpolitischen Aspekte behandeln sowie zusätzlich zu den traditionellen Zielsetzungen auch die Wachstumsprobleme berücksichtigen sollte.

Walter Wittmann

Langfristige Planung von Staatsausgaben. (Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, Neue Folge, Heft 32.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 116 S. DM 16.60.

Im Laufe des vergangenen Dezenniums hat die langfristige Planung im öffentlichen Bereich in verschiedenen Ländern konkrete Formen angenommen. Dies erfolgte in einer Periode eines hohen Anteils des Staates an der Gesamtwirtschaft bei wesentlich veränderten finanzpolitischen Zielsetzungen. Um die kurz- und die langfristige Wirt-

schaftsentwicklung wirksam zu beeinflussen, sind mehrjährige Budgets oder mindestens Vorstellungen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben über eine längerfristige Periode erforderlich. Zwar liegen bereits langfristige Prognosen für einige Länder vor, eine Darstellung allgemeiner Aspekte der Planung in einem öffentlichen Bereich fehlt aber. Deshalb ist der Versuch von Tretner zu begrüßen.

Im ersten der vier Abschnitte wird die Bedeutung der langfristigen Finanzplanung in der staatlichen Finanzwirtschaft herausgearbeitet. Eingangs werden verschiedene Mängel der finanzpolitischen Willensbildung aufgezeigt, worauf Tretner den Begriff der Planung im öffentlichen Bereich umschreibt. Mit Recht weist er darauf hin, dass die langfristige Finanzplanung keineswegs mit langfristiger Festlegung von Ausgaben gleichzusetzen ist. Die folgenden Ausführungen über die Vorteile der langfristigen Ausgabenpläne vermögen zu überzeugen. Es darf herausgestellt werden, dass die langfristigen Ausgabenpläne des Staates auch den Dispositionen der privaten Wirtschaft zugute kommen.

Der folgende Abschnitt befasst sich mit der Technik der Ausgabenplanung, wobei vor allem der Teil über die Ermittlung von Plan-Daten interessiert.

In bezug auf den *Zeitraum* wird die Meinung vertreten, dass man eine Periode von drei bis sechs Jahren schon als langfristig bezeichnen könne. Bei einem zehnjährigen Zeitraum spricht Tretner treffend von einem Perspektivplan.

Was die *Gliederung* der Staatsausgaben betrifft, soll das Kriterium der Verwaltungseinheiten das allein mögliche sein. Zwar muss man sich aus praktischen Gründen mit einer solchen Lösung einverstanden erklären; neben dieser Gliederung muss noch eine funktionale Gruppierung der Staatsausgaben erfolgen. Eine solche ist unentbehrlich, wenn man die wirtschaftlichen Auswirkungen der Staatsausgaben untersuchen will.

Bei der Beurteilung des *Genauigkeitsgrades* der Ausgabenpläne tritt Tretner für eine niedrige, eine mittlere und eine hohe Ausgabenschätzung ein. Gegen dieses gängige Verfahren sind aber schwerwiegende Bedenken anzuführen. Bei einer Globalprognose der öffentlichen Ausgaben, die zwar aus sachlichen Gründen umstritten ist, könnte man die drei Varianten noch akzeptieren. Werden die Gesamtausgaben aber unterteilt, so dass rund ein Dutzend Ausgabengruppen prognostiziert werden, stellt sich abschliessend die heikle Frage, welche Varianten zum Gesamtergebnis zu summieren sind. Zählt man die niedrigsten, die mittleren und die höchsten Ergebnisse zusammen, so erhält man Diskrepanzen, welche den Wert der Prognose in Frage stellen. Die Wahrscheinlichkeit, dass man derart die tatsächliche künftige Entwicklung einfängt, ist sehr gering. Kriterien für eine richtige Kombination der verschiedenen Varianten bei zahlreichen Ausgabengruppen gibt es nicht. Auch aus politischen Gründen dürfte eine einzige Variante die beste Lösung sein. Jener Politiker, der (aus ideologischen Gründen) gegen Staatsausgaben ist, sieht in der niedrigsten Prognose die richtige Lösung. Der Anhänger der öffentlichen Wirtschaft hält dagegen an den höchsten Prognosewerten fest.

Ein weiteres Problem ist die Prognose der *Preissteigerungen*. Die Einbeziehung einer Inflationsrate in die Prognose bezeichnet Tretner als wenig sinnvoll. Im allgemeinen werden Prognosen zu konstanten Preisen durchgeführt, einerseits um nicht im offiziellen Gutachten eine Fortsetzung der Inflation anzunehmen, andererseits wegen den Schwierigkeiten der Vorausschätzung der Inflationsrate. Der Rezensent glaubt, dass beide Wege beschritten werden müssen, d. h. eine Prognose zu konstanten und eine zu laufenden Preisen. Da eine Globalprognose öffentlicher Ausgaben höchstens als grobes Orientierungsmass zu verantworten ist, ist es bei Partialprognosen zweckmässig, mit

repräsentativen Partialpreisindizes zu arbeiten. Weiter darf man nicht übersehen, dass bestimmte Ausgaben (z. B. Verzinsung) nicht der Inflation unterworfen sind. Ferner ist eine sogenannte Realkostenadjustierung der Prognosewerte erforderlich, d. h. die Abweichungen der partiellen Preisindizes vom allgemeinen Preisniveau sind zu berücksichtigen.

Im dritten Abschnitt geht es um die Funktionen der langfristigen Pläne in der öffentlichen Finanzwirtschaft. Zunächst konzentriert sich die Diskussion auf die Frage, ob man mit mehrjährigen Budgets arbeiten soll, oder ob die langfristigen Finanzpläne als Grundlage für die Aufstellung der jährlichen Budgets zu dienen haben. Dann wird die Planung bei bundesstaatlicher Finanzstruktur erörtert. Von speziellem Interesse sind die Ausführungen zum Verhältnis zwischen langfristiger Finanzplanung und der Konjunkturpolitik. Die Nachteile der kurz- und die Vorteile der langfristigen Finanzpolitik werden klar und realistisch herausgearbeitet.

Der letzte Abschnitt untersucht die Ansätze der langfristigen Planung in der Bundesrepublik. Es existieren Einzelpläne, dagegen fehlt ein Gesamtplan für den öffentlichen Sektor.

Tretners Arbeit entspricht einem Bedürfnis und sollte nicht nur von jenen gelesen werden, sie sich für die langfristige Finanzplanung besonders interessieren.

Walter Wittmann

Räber, Josef

Subventionen als volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Erscheinung, mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse in den Nachkriegsjahren.

Winterthur 1965. Verlag Hans Schellenberg. XXVII, 191 S. Fr. 24.—

In den Finanzen des Wohlfahrtsstaates spielen die Subventionen eine wichtige Rolle, so dass ihre Untersuchung von grosser Bedeutung ist.

Räbers Arbeit setzt sich aus drei Teilen zusammen:

- Begriff und Systematik der Subventionen,
- Subventionen in einer freiheitlichen Wettbewerbswirtschaft,
- Probleme der Finanzpolitik, der Strukturpolitik und der Aussenwirtschaftspolitik.

Aus dem ersten Teil ist zu entnehmen, dass die Finanzwissenschaft sich eher spät und in unzureichendem Masse mit dem Wesen der Subventionen befasst hat. Der Verfasser stellt dar, « wie uneinheitlich und willkürlich auch in der Finanzwirtschaft der Begriff der Subventionen verwendet wird », und gelangt zu folgender Definition:

« Unter einer Subvention soll eine unentgeltliche finanzielle Leistung eines Gemeinwesens an Unternehmen bestimmter Branchen oder Regionen, die produktive Leistungen für die Marktwirtschaft erbringen, verstanden werden. »

Davon ausgehend ergibt sich die Abgrenzung zu den Transferzahlungen, welche der Konsumsphäre zufließen.

Das Kapitel über die Systematik der Subventionen erwähnt die Finanzierungs-, Steuer-, Kosten- und Preissubventionen sowie strukturerhaltende und strukturverändernde, offene und verdeckte, zurechenbare und nicht zurechenbare, effektive und Eventualsubventionen. Ein Hinweis auf weitere Unterscheidungsmöglichkeiten deutet darauf hin, dass nicht alle Subventionsarten und -formen genannt sind.

Eine historische Zusammenfassung der Entwicklung der Subventionen und eine Abhandlung über das *Adolph Wagner'sche* «Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeiten» und die Subventionen schliessen den ersten Teil ab.

Im zweiten Teil werden die Probleme der Subventionen in einer freiheitlichen Wettbewerbswirtschaft in drei Kapiteln (Subventionen und Wirtschaftsfreiheit, Subventionen im wirtschaftlichen Kreislauf, Subventionen in der Marktwirtschaft) behandelt. Die Aspekte dieser Prüfung sind zahlreich und beziehen sich u. a. im ersten Kapitel auf die Wettbewerbsfreiheit, die Unternehmungsfreiheit, die Preisfreiheit, die Eigentumsfreiheit; ferner werden im zweiten Kapitel die Auswirkungen auf das Volkseinkommen, den Geldwert, die Investitionstätigkeit untersucht. Unter dem gleichen Gesichtspunkt betrachtet kommt der Autor im dritten Kapitel auf Preise, Mengen und Einkommensverteilung zu sprechen.

Räber unterstreicht, dass mit den Subventionen das Prinzip der Wettbewerbsneutralität aufgegeben ist. Darum erklärt er: «Vom Standpunkt des Wettbewerbs lassen sich also Subventionen rechtfertigen, wenn ihr Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls die Nachteile ihrer unvermeidlichen Wettbewerbswidrigkeit aufwiegt.» Zu vermerken ist die Feststellung: «Schliesslich soll nicht unerwähnt bleiben, dass Subventionen, in der Form kurzfristiger, auflagegebundener Anpassungshilfen, ein Mittel sein können, später sonst zwangsläufig Verstaatlichungen zu vermeiden. Besteht tatsächlich eine solche Alternative, so ist, vom Standpunkt der Eigentumsfreiheit aus, der Subventionierung der Vorrang einzuräumen. Die Subventionen sind als Lenkungsmittel immer noch konformer als Verstaatlichungsmassnahmen.»

Auf die Probleme der Subventionen im wirtschaftlichen Kreislauf wollen wir nicht näher eintreten. Die Ergebnisse sowohl hinsichtlich des Volkseinkommens als auch des Geldwertes zeigen nach Räber die Fragwürdigkeit der Subventionen. Zur Erläuterung mögen folgende Zitate dienen:

«Von Subventionen kann daher nur in seltenen Fällen eine Steigerung der Wachstumsrate erwartet werden» oder «Allein die Tatsache, dass bestimmten Wirtschaftsgruppen zusätzliche Einkommen zufließen, ohne dass vorerst ihr Angebot erweitert wird, wirkt inflationär».

Welche Anforderungen sind an die Subventionspolitik zu stellen? Im ersten Abschnitt des 1. Kapitels des dritten Teils sind genannt: Billigkeit, Lasterleichterung, Marktkonformität, konjunktur- und wachstumspolitische Effizienz, verteilungspolitische Effizienz, Publizität, innere Geschlossenheit. Aber, wird erklärt: «Einem rationellen Subventionssystem stellen sich daher auch ausserökonomische Motive und Argumente entgegen.» Die Motivierung und die institutionellen Beeinflussungsfaktoren werden im nächsten Abschnitt näher untersucht. Sowohl in der Strukturpolitik als auch auf dem Gebiete des Welthandels spielen die Subventionen eine Rolle, welche in den zwei anderen Kapiteln des dritten Teils behandelt werden.

Zum Schluss gelangt der Verfasser zur folgenden Auffassung: «Subventionen sollen nur im Rahmen eines umfassenden wirtschaftspolitischen Programmes gewährt werden. Bei einem punktuellen Einsatz der Mittel ist die Gefahr negativer, kompensatorischer Effekte gross. Sie sind zum Teil gar nicht auszuschalten. Die Massnahmen müssen daher befristet sein. Keinesfalls darf es zu einer Dauersubventionierung eines Wirtschaftssektors kommen.»

Wir betrachten die Dissertation von Dr. Räber als einen wertvollen Beitrag zu der immerwährenden Auseinandersetzung über die Subventionen. Charles F. Pochon

Linear Statistical Inference and Its Applications. New York 1965. John Wiley and Sons. XVIII, 522 p. £ 5.15.—.

C.R. Rao, comme d'ailleurs ses aînés, R.C. Bose et S.N. Roy, qui furent aussi ses maîtres, est l'un des collaborateurs de l'Indian Statistical Institute fondé par P. C. Mahalanobis à Calcutta. Il est actuellement Directeur de la Research and Training School de cet Institut, établissement universitaire qui décerne le titre de M. Stat. et de Docteur en statistique.

Après un premier chapitre qui expose les principes de l'algèbre linéaire (vecteurs et matrices), l'auteur consacre 2 chapitres, soit une centaine de pages au calcul des probabilités. Le chapitre 4 traite des moindres carrés et de l'analyse de variance, le chapitre 5 des méthodes d'estimation. Au sixième chapitre Rao étudie les moyens qui servent à analyser les grands échantillons (test de chi-carré en particulier). Le chapitre 7 expose la théorie de l'induction statistique (tests statistiques, intervalles de confiance, analyse séquentielle et analyse non-paramétrique). Le chapitre 8, le dernier, contient une étude approfondie des relations liant plusieurs variables aléatoires.

A la fin de chaque chapitre on trouve des compléments et un nombre étonnant d'exercices. On rencontre également dans le texte quelques exemples numériques mais, contrairement à ce que laisse supposer la préface, leur nombre est relativement faible.

La manière de traiter les différents sujets est souvent tout à fait originale; le dernier chapitre en offre un exemple frappant: les nombreuses méthodes décrites sont démontrées par analogie à celles utilisées pour une seule variable. Un autre exemple est donné par l'analyse de variance d'un tableau à double entrée où l'auteur décrit un modèle plus général qui englobe ceux considérés précédemment.

En ce qui concerne les méthodes d'induction, Rao pense qu'il n'en existe point qui soit d'emploi général. Au contraire, il justifie de manière pertinente une attitude plus souple qui consiste à lier le mode d'induction aux situations ou problèmes différents que peuvent poser la technique, la science et autres domaines d'application de la statistique.

Le livre donne une vue d'ensemble de presque tous les domaines de la statistique développés au cours des 50 dernières années — à l'exception de la méthode d'analyse spectrale et des processus stochastiques —, vue d'ensemble équilibrée, d'un auteur qui a largement contribué à ce développement. Voilà un livre excellent pour le lecteur qui dispose d'une formation mathématique adéquate.

A. Linder

Molitor, Bruno

Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem. (Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg.) Tübingen 1965. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). XIV, 204 S. Geb., DM 27.50.

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um die Ende 1965 abgeschlossene Habilitationsschrift, welche die Arbeiten von C. Föhl, A. Oberhauser und W. Weddigen nicht mehr berücksichtigen konnte. Die vorliegende Untersuchung unterscheidet sich insofern von anderen auf diesem Gebiet, als sie einen Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik leisten will. Sie folgt dem Ansatz einer erklärenden Theorie wirtschaftspolitischen Verhaltens, wobei dem Verteilungsproblem die Funktion des Demonstrationsobjektes zufällt. Im Sinne einer methodologischen Grundlegung befasst sich

Molitor im ersten Kapitel mit der Theorie der Wirtschaftspolitik und mit dem Werturteilsproblem. Die Aufgabe der theoretischen Wirtschaftspolitik liegt in der analytischen Bewältigung eines bestimmten Ausschnittes aus der Erfahrungswelt. In plausibler Weise zeigt der Verfasser die wesentlichen Vorzüge einer solchen Theorie gegenüber dem Normativismus.

Das zweite Kapitel ist der Interpretation des verteilungspolitischen Zieles gewidmet, welches die Dekonzentration des Eigentums privater Wirtschaftssubjekte ist. Molitor führt alle wesentlichen Faktoren an, welche die Verteilung des Eigentums unter den privaten Wirtschaftssubjekten beeinflussen. In bezug auf die Größenordnung und die Frist, in der sich eine Vermögensdekonzentration durchsetzen lassen sollte, wird die Ansicht vertreten, dies hänge nicht nur von dem verfügbar betrachteten Verteilungspotential und der Intensität ab, mit der das Ziel angestrebt wird. Zu Recht wird auf die verschiedenen Zielkonflikte hingewiesen, die sich aus der Vermögensdekonzentration ergeben. Die Vermögensdekonzentration darf nicht *a)* die konjunkturelle Stabilität gefährden, *b)* den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen und *c)* in Konflikt geraten mit strukturpolitischen Zielen.

Im dritten Kapitel werden statistische Probleme der Messung der Vermögenskonzentration erörtert sowie die Bestimmungsfaktoren der Verteilung des Vermögenszuwachses analysiert. Es zeigt sich dabei deutlich, wie schwierig es in der Tat ist, den Vermögenskonzentrationsprozess aufzuhalten oder gar zu einer Vermögensdekonzentration zu gelangen. So haben zahlreiche wirtschaftspolitische Massnahmen in der Bundesrepublik (Währungsreform, Investitionsförderung, steuerfreie Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln usw.) eine konzentrationsverstärkende Wirkung ausgeübt.

Das vierte Kapitel befasst sich mit zahlreichen Möglichkeiten der Beeinflussung der personellen Einkommensverteilung. Die steuerlichen Einwirkungen auf den Vermögensübergang zwischen den Generationen dürften die personelle Einkommensverteilung nur geringfügig beeinflussen. Beschränkt bleibt auch die Bedeutung der Volksaktie. In der Beurteilung der Sparprämien ergeben sich keine neuen Aspekte, der Netto-Spareffekt steuerlich finanzierter Sparprämien ist relativ gering. Der sog. Investivlohn wird erneut einer kritischen Prüfung unterzogen, die Ergebnisse sind dieselben wie bei anderen Arbeiten. Schlecht schneidet erwartungsgemäss die Gewinnbesteuerung als Mittel der Vermögensdekonzentration ab. Eine Erörterung der Föhl-Debatte im «Finanzarchiv» hätte hier vielleicht noch weiter führen können. Auch die Möglichkeit einer einmaligen Vermögensabgabe wird geprüft. Zwar wäre ein solcher Eingriff grundsätzlich wirksam, stösst aber auf kaum überwindliche psychologische und politische Hindernisse. Insgesamt machen die Ausführungen dieses Kapitels erneut klar, dass die Wirksamkeit der verschiedenen Massnahmen der Vermögensdekonzentration ziemlich gering ist.

Das fünfte und letzte Kapitel befasst sich mit den Erfolgsaussichten der Vermögensdekonzentrationspolitik in der Demokratie. Auf Grund eingehender und teils origineller Überlegungen kommt Molitor zum bedeutsamen Schluss (S. 177): «Der periodisch zu erwartende Dekonzentrationseffekt bleibt minimal.»

Die vorliegende Arbeit bringt in bezug auf das Instrumentarium und die Wirksamkeit der Vermögensverteilungspolitik wenig neue Aspekte. Hingegen darf man vom letzten Kapitel behaupten, dass es die Literatur zur angeschnittenen Problematik bereichert. Was aber wirtschaftspolitisch bedeutender zu sein scheint, ist die Tatsache, dass es Molitor gelungen ist, das Konzept einer erklärenden Theorie der Wirtschaftspolitik am Beispiel des Problems der Vermögensverteilung erfolgreich zu erproben.

Walter Wittmann

Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung. (Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Band 1) Freiburg i. Br. 1965. Verlag Rombach. 419 S. DM 29.—.

Au cœur de cet ouvrage, le problème qui préoccupe l'auteur: Que devient la liberté de consommation quand les individus se voient continuellement pressés par une publicité croissante?

La première partie recense la doctrine concernant la liberté de consommation et la souveraineté des consommateurs. On a passé d'une formulation à l'autre en allant du libéralisme des classiques au subjectivisme des marginalistes. Les préférences de l'auteur semblent se porter sur la première; il en souligne les aspects de postulat politique d'un ordre économique d'une part et de liberté réelle et complexe d'autre part; dans quelle mesure la liberté de consommation doit-elle être assurée aux individus?

La deuxième partie est consacrée à la liberté de consommation sur les marchés modernes. Plutôt que de recourir systématiquement à une analyse de type formel (théories des choix) qui aurait posé le problème en termes de rationalité avec, pour alternative, un comportement rationnel ou pas (l'homme de Descartes ou celui de Pavlov), P. M.-D. a rassemblé d'une manière minutieuse de nombreuses sources concernant les aspects concrets, économiques et sociaux, de la consommation. Pour lui, les buts des ménages sont atteints de manière globale par la réalisation d'un standard de vie (ensemble complexe de normes) au travers d'images directrices, de nature hétérogène, d'origine individuelle, familiale et sociale (motifs, faisceaux de motifs, attentes d'utilités, formation de la décision dans la famille, etc.). En dehors des comportements rationnellement déterminés par l'adaptation formelle des moyens aux buts ou par un système de valeurs, ceux à caractère affectif ou traditionnel doivent être jugés pour eux-mêmes et non selon les résultats obtenus. On pourrait ainsi soutenir que tous les comportements sont a priori formellement rationnels (p. 100) ou qu'un comportement rationnel dans sa forme peut être irrationnel dans ses résultats (p. 98). Ce paradoxe montre que P. M.-D., malgré son souci évident d'être concret, n'a pas pu ou n'a pas voulu éviter l'écueil du problème de la rationalité formelle; cependant, pour traiter ce problème de manière concrète et non plus formelle seulement, tous les aspects de la consommation devraient être pris en considération dans un système de moyens et de fins; comme ils sont très nombreux, on peut pratiquement se contenter d'un choix raisonné des principaux facteurs constituant le processus de la décision d'achat; G. Katona et E. Mueller ont réalisé une telle enquête dans une étude citée par l'auteur (in *Consumer behavior*, vol. I, *The dynamics of consumer reactions*, publié par *Lincoln H. Clark*, New-York 1955) et ont tenté de mesurer, sur une échelle en 51 points, sinon le degré de « rationalité » (concept rejeté par ces deux auteurs), du moins celui de la « délibération » précédant la décision d'achat. On est loin d'une tendance mathématico-fonctionnelle de l'économie politique qui remplacerait le sujet économique agissant par une fonction et renoncerait, en conséquence, à répondre aux questions posées par l'ouvrage (p. 110).

Le concept de standard de vie, clef de la solution proposée par l'auteur, est longuement discuté; la liberté de consommation se montre dans la volonté et la possibilité de réaliser un standard de vie (p. 141). A l'égard des vendeurs, elle signifie une politique de risques (p. 208). La souveraineté des consommateurs ou leur manipulation par les vendeurs constituent deux possibilités extrêmes et irréelles (p. 223). L'importance de l'étude des marchés tient au fait que la possession d'un marché (ou d'une part) a plus de valeur pour

le vendeur que son usine (*Mellerowicz*) (p. 266). Les formes diverses de la concurrence sont étudiées et l'accent est mis sur la différenciation des produits et l'innovation qui provoquent une « fidélité fuyante aux marques » (p. 283). La mode, beaucoup plus que la publicité, entraîne la modification des désirs et l'augmentation du pouvoir d'achat permet une participation massive aux changements de goûts.

La position des consommateurs doit être appréciée en fonction des différentes formes de la concurrence mais aussi de la médiation possible de l'économie de la distribution (intermédiaires).

La troisième et dernière partie est consacrée à la politique économique de la consommation et à l'avenir de la liberté de consommation. Celle-ci doit être protégée par l'Etat, défenseur officiel des consommateurs lorsque ceux-ci ne sont pas organisés ou représentés.

Roger Vuaridel

Geschichte, Struktur und Politik der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände

Mit Beiträgen von Josua Werner, Gunther Aschhoff, Wilhelm Jäger und Wilhelm Weber. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Band XV.) Karlsruhe 1965. Verlag C.F. Müller. VII, 112 S. DM 13.50.

Lehmann, Helmut

Wesen und Formen des Verbundbetriebes. Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Morphologie. (Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse, Band 24.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 195 S.

Genossenschafts- und Verbandsforschung befassen sich mit Struktur und Funktion von Unternehmens-, Haushalts- und Personenverbänden. Hinsichtlich des Untersuchungsobjektes wie der Methode besteht weitgehend eine Identität. Trotz dieses Sachverhaltes existierte lange Zeit eine Arbeitsteilung = Trennung zwischen den beiden Disziplinen. Erst in jüngster Zeit führt das wachsende « Bedürfnis nach einer allgemeinen Theorie der Verbände » (*Boettcher*) zu einer Verbindung der beiden Forschungsrichtungen. Das Genossenschaftswesen wird nunmehr unter der weiteren Perspektive der Verbandstheorie untersucht. Die Verbandsforschung erhält von der Genossenschaftswissenschaft neue Impulse. Ansätze in dieser Richtung verdanken wir vor allem *Grochla*, *Weber*, *Weippert*, *Tuchtfeldt* u. a. Zwei neuere Publikationen verdienen in diesem Sachzusammenhang besondere Beachtung.

1) Das Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster hat mit Band XV « Geschichte, Struktur und Politik der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände » neue Akzente gesetzt. *Josua Werner* stützt sich in seinem Beitrag « Stellung und Aufgaben der Wirtschaftsverbände und ihre Eingliederung in die Marktwirtschaft » vor allem auf seine Untersuchungen zur Verbandsproblematik, die bereits eingehend diskutiert wurden. Seine Auseinandersetzung mit der Theorie von *Weippert*, das Aufzeigen der Beziehungen zwischen Genossenschaften und Wirtschaftsverbänden stellen wertvolle Ergänzungen dar. Die Darstellung von *Gunther Aschhoff* (Die Geschichte der genossenschaftlichen Wirtschafts- und Marktverbände in Deutschland) ist in erster Linie für die deutsche Genossenschaftsgeschichte bedeutsam. *Wilhelm Jäger* untersucht das Organisationssystem im Genossenschaftswesen der Bundesrepublik Deutschland, wobei er die horizontale wie vertikale Gliederung nachzeichnet und

die Funktionen genossenschaftlicher Spitzenverbände herausarbeitet. Dabei wird deutlich, welche beachtlichen Unterschiede im organisatorischen Aufbau des schweizerischen und deutschen Genossenschaftswesens bestehen, vor allem durch den 1943 gesetzlich verfügten Anschlusszwang in Verbindung mit der schon seit 1889 bestehenden Pflichtprüfung und den nur historisch zu verstehenden unterschiedlichen Entwicklungsphasen. Beachtenswert ist auch die Systematik der Funktionen der Spitzenverbände. (Prüfung, Betreuung, Beratung und wirtschaftspolitische Klammer.) Inwiefern sind Genossenschaften (konkurrierende) Marktverbände besonderer Art? Diese Frage klärt *Wilhelm Weber* in seinem Beitrag. Er sucht zunächst die Genossenschaften nach ihrem Verbandscharakter zu erfassen und in ihrem Verhältnis zum übrigen wirtschaftlichen Verbandswesen abzugrenzen. Durch die folgenden drei Differenzierungsmerkmale sucht er die Frage in den Griff zu bekommen, ob Genossenschaften Kartelle sind oder nicht. (a) Existentielle Benachteiligung gegenüber grösseren Wettbewerbern, (b) Defensive Strategie und (c) Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Fehlt eine dieser spezifischen Qualifikationen, so fällt zugleich das Differenzierungsmerkmal weg. Dieser Ansatz liefert brauchbare Beurteilungsinstrumente, allerdings mit weitem Interpretationsspielraum.

2) Die Frage der Konzentration im Genossenschaftswesen, der Tendenz zum Genossenschaftsverbund, wird zurzeit eingehend diskutiert. (Vgl. die Beiträge von *Draheim*, *Henzler*, *Pfüller* und *Pothoff*.) Diese Problematik wird von *Lehmann*, einem Schüler von *Grochla*, unter der erweiterten Perspektive der «Verbindung von Betrieben» aufgegriffen. Seine Schrift «Wesen und Formen des Verbundbetriebes» will die «Vielfalt der Erscheinungen in der Realität aufzeigen und umfassend typisierend ordnen» (S.7). Im ersten Teil werden die begrifflichen Grundlagen geschaffen, wobei er als Wesensmerkmale des Verbundbetriebes die Koordination der Erfüllung betrieblicher Gesamtaufgaben, Einheitliche Leitung, Interne Planung der Gesamtaufgabenerfüllung im Verbundbetrieb und Externe Planung der Aufgabenerfüllung der Verbund-Gliedbetriebe durch die Verbundzentrale herausstellt.

Im zweiten Teil stellt er die Formen des Verbundbetriebes dar. Da die monographischen Arbeiten über die praktischen Formen von Verbundhaushalten und -unternehmungen fragmentarisch bleiben müssen, vermag nur ein morphologischer Ansatz die höchst unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten in eine klare und übersichtliche Form zu bringen. Dieses Verdienst, theoretisch-analytische Formen (Typenbildung) des Verbundbetriebes entwickelt zu haben, darf *Lehmann* für sich beanspruchen.

E. B. Blümle

Garrigou-Lagrange, A. et Passet, R.

Economie politique. Systèmes et structures. Politique du développement. Paris 1965.
Librairie Dalloz. 882 p.

Il s'agit d'un cours de quatrième année de licence et non spécialisé. Son but est de regrouper les connaissances acquises au cours des années précédentes, de façon à présenter à l'étudiant en fin d'études un tableau à la fois précis et systématique du monde économique où il évoluera. A ce souci déjà manifesté par l'excellent manuel d'*André Marchal*¹, les auteurs du nouveau manuel ajoutent celui de préparer l'étudiant à l'action écono-

¹ Dont le compte rendu a paru dans la Revue Suisse d'Economie politique et de Statistique, numéro de décembre 1959.

mique. La II^e partie intitulée « Politique du développement » et couvrant la moitié de l'ouvrage constitue un exposé très large de politique économique, qui prend comme exemples aussi bien les pays déjà développés que ceux qu'on appelle en voie de développement.

Venant à la fois en fin de licence et après le manuel de l'autre collection, les auteurs devaient consacrer à la discussion une partie importante de leur étude. Leur cours inclut un commentaire détaillé et systématique des meilleurs travaux concernant « les complexes sociaux parmi lesquels se déploie l'activité économique » (Avant-Propos). Avant tout *André Marchal*, Systèmes et structures; également *Marchal-Lecaillon*, La répartition du revenu national; *J. Schumpeter*, Capitalisme, socialisme et démocratie; et aussi *J. Lhomme*, *A. Nicolai*, *J. Akerman*... Ce commentaire est contenu surtout dans les deux premières parties (Les structures et les systèmes) dues à *Garrigou-Lagrange*. Les rappels historiques y sont fréquents et certains historiens relativement anciens reviennent au jour, tel *Werner Sombart*.

La III^e partie du cours, œuvre de *R. Passet*, contient des controverses plus pratiques portant sur les différentes options du développement (investissement équilibré ou par pôles moteurs, investissements de base ou directement productifs, planification indicative ou impérative...) Les auteurs les plus cités sont alors *F. Perroux*, *A. Hirschman*, *W. Rostow*, *J. K. Galbraith*...

Malgré la différence de leur objet, les trois parties de l'ouvrage sont bien liées et parfaitement cohérentes. Tout système est en rapport avec un certain niveau de développement. Pour être efficace, une mesure de politique économique doit concorder avec le système qui encadre les structures qui composent l'économie nationale concernée. L'ensemble de l'ouvrage est dominé par quelques concepts fondamentaux, ce qui explique l'importance donnée aux controverses autour des définitions du système et de la structure. Les auteurs ne se contentent d'ailleurs pas d'exposer les opinions d'autrui, ils proposent la leur. Ils définissent le système assez largement pour y inclure des systèmes partiels aussi bien que des systèmes généraux. L'opinion, courante ou avertie, parle de systèmes monétaire, bancaire; aussi MM. Garrigou-Lagrange et Passet n'ont-ils pas voulu se borner à l'exposé classique de systèmes capitaliste, dirigiste, collectiviste... Ils y ajoutent des analyses fines sur l'échelle douanière mobile, le salaire proportionnel ou l'organisation de la profession médicale en France. On voit par ces exemples que les données de fait ne manquent pas plus à l'ouvrage que les controverses. Dans le titre consacré aux structures, le lecteur trouvera la présentation du budget du Français moyen et le résultat des enquêtes sur le comportement paysan aussi bien que l'analyse des rapports entre la théorie quantitative et la structure économique ou la notion de champ visuel chez *Johan Akerman*.

Parfois la richesse de l'exposé a pour contre-partie une certaine incertitude. La notion de structure n'est-elle pas trop large? Le titre premier de la première partie en énumère beaucoup, sans épuiser la liste de celles que les auteurs considèrent comme fondamentales. Les imperfections du marché n'y figurent pas et pourtant, dans le titre premier de la troisième partie, elles sont évoquées comme élément de freinage du développement. Parfois il semble que les auteurs aient introduit du détail avec l'essentiel. Fallait-il, dans l'analyse du système capitaliste, mentionner une évolution spéciale de l'agriculture à cause d'une déconcentration dont les auteurs soulignent eux-mêmes la limite temporelle et spatiale? Le support historique est parfois discutable. Parce que les auteurs ont voulu se limiter aux 150 dernières années, ils écrivent que le dirigisme donne au capitalisme un « faciès nouveau ». On admet pourtant d'habitude que le mercantilisme est à la fois du dirigisme et du capitalisme.

Il est normal qu'un cours de fin d'études appelle la discussion. Un cours comme celui-ci ne peut se lire passivement, il est extrêmement stimulant par la diversité de ses analyses et les références constantes à une actualité qu'on veut comprendre, pas seulement décrire. Les auteurs ont admis que le monde économique contemporain doit être éclairé sous différents angles: le sociologue, le mathématicien et l'historien y contribuent comme les économistes: le spécialiste du commerce international, celui de l'économie d'entreprise, celui de la planification nationale ... En un mot ce livre est une somme qui enrichira ses lecteurs, quels qu'ils soient: étudiants, praticiens, grand public ...

J. Valarché

Hoffmann, Walther G.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft.) Berlin 1965. Springer Verlag. XXVIII, 842 S. 26 Schaubilder, 325 Tabellen. Ganzleinen DM 138.-.

Hoffmann¹ hat zusammen mit Kuznets, Schumpeter, Clark und Dupriez die Renaissance der Entwicklungs- und Wachstumsforschung auf wirtschaftlich-historischem Gebiet eingeleitet. In der Nachkriegszeit hat sich nahezu unabhängig hiervon die theoretische Wachstumsforschung entwickelt. Leider sind bis heute noch keine entscheidende Brücken zwischen den Wachstumsmodellen und der historischen Beobachtung geschlagen worden. Zwar kennen wir heute eingehend zahlreiche hypothetische Wachstumsprozesse, wir wissen aber weniger über tatsächliche Entwicklungsgesetze. Je mehr wir auf zuverlässiges statistisches Material zählen können, desto eher dürfte es auf die Dauer zur notwendigen Synthese d.h. zu Brückenschlägen kommen, die für eine wirksame Wachstumspolitik erforderlich sind.

Während für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich langfristige Reihen für die wichtigsten Aggregate der Gesamtwirtschaft schon länger vorliegen, hat bis in die jüngste Zeit hinein eine bedauerliche Lücke für das Deutsche Reich bestanden. Willkommen ist deshalb zunächst die Veröffentlichung «Das deutsche Volkseinkommen 1851–1957» gewesen². Das nun vorliegende monumentale (Lebens-) Werk von Hoffmann schliesst diese Lücke endgültig, was die Periode nach 1850 betrifft.

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Teile, wobei der zweite Teil (S. 171 ff.) sich auf die Darstellung der gewonnenen und übernommenen statistischen Daten beschränkt. Aus dem Vorwort geht hervor, dass Hoffmann eine eingehende Auswertung seines Materials nicht angestrebt hat, sondern dieses der Wachstumsforschung überlassen will. Im ersten Teil (bis S. 171) ist allerdings eine grobe Auswertung vorgenommen worden, wobei vor allem jene Aggregate in Erscheinung treten, welche für die allgemeine Wachstumsforschung von Interesse sind.

Es ist im Rahmen einer Besprechung selbstverständlich ausgeschlossen, sich mit der ganzen Materie eingehend zu befassen, denn allein die Erwähnung und kurze Kom-

¹ W. G. Hoffmann, *Stadien und Typen der Industrialisierung*, ein Beitrag zur quantitativen Analyse historischer Wachstumsprozesse, Jena 1931 – Eine völlig überarbeitete und erweiterte Fassung ist unter dem Titel: «The Growth of industrial Economies», Manchester 1958, erschienen. – derselbe, *Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industriewirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart*, Jena 1940.

² W. G. Hoffmann und J. H. Müller, Tübingen 1959.

mentierung der wichtigsten Tabellen würde zahlreiche Seiten beanspruchen. Wir beschränken uns deshalb auf den ersten Teil der Arbeit und greifen einige Ergebnisse heraus, die von allgemeinem Interesse sind.

Das *Netto-Sozialprodukt* zu Preisen von 1913 wächst zwischen 1850 und 1913 mit einer durchschnittlichen Rate von 2,6 %, in der Periode 1950–1959 wird mit 6,6 % ein noch nie dagewesenes Wachstum realisiert. Die sich um den Trend 1850–1913 vollziehenden kurzfristigen Schwankungen nehmen einen Verlauf, der sich in etwa mit den Wechsellagen von *A. Spiethoff* deckt.

In der Inflationsdiskussion der Nachkriegszeit ist oft vom wachstumsfördernden Effekt einer leichten Inflation gesprochen worden. Dagegen hat man eingewendet, dass es früher Perioden raschen realen Wachstums ohne Inflation gegeben habe, wobei man auf die Entwicklung 1874–1895 hingewiesen hat. *Hoffmanns* Untersuchung ergibt eine durchschnittliche Zuwachsrate des realen Netto-Sozialprodukts von 3,5 % für diesen Zeitraum, während die Zuwachsrate in der Periode 1895–1913 bei tendenziell steigendem Preisniveau lediglich 2,1 % beträgt.

Es ist weiter der Versuch unternommen worden, die Entwicklung des Netto-Sozialprodukts in die *Arbeitsproduktivität* und den *Arbeitseinsatz* in Stunden zu zerlegen. Für die Periode vor dem ersten Weltkrieg werden ca. $\frac{2}{3}$ des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auf die Arbeitsproduktivität zurückgeführt. In der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit kommt der Arbeitsproduktivität eine noch höhere Bedeutung zu. Zwischen 1950 und 1959 entfallen auf diese $\frac{4}{5}$ des Wirtschaftswachstums.

Der gesamtwirtschaftliche *Kapitalkoeffizient* ist in der Periode 1850–1913 relativ konstant gewesen, weist aber sektoral ausgesprochene Trends und Schwankungen auf. Beträgt der gesamtwirtschaftliche Kapitalkoeffizient 1913 noch 5, so beläuft er sich 1950 auf 4,3 und 1959 auf 3,8.

Die (funktionale) *Verteilung* des Volkseinkommens zeigt einen Anteil des Arbeits-einkommens, der sich zwischen 1850 und 1959 in der Bandbreite 70–80 % bewegt. Betrachtet man einzelne längerfristige Perioden so zeigt es sich, dass diese Quote bei raschem und stetigem Wachstum die Tendenz zu sinken hat. Dagegen steigt der Anteil in wirtschaftlichen Depressionen von kurz- oder längerfristiger Dauer.

Aufschlussreich sind die Daten über die *Verwendung* des Volkseinkommens. Die private Konsumquote weist einen säkular sinkenden Trend auf, sie fällt von 84,4 auf 62,1 % zwischen 1850/54 und 1950/59. Kompensierend hat der öffentliche Verbrauch gewirkt, dessen Anteil von 5,9 auf 15,0 % angestiegen ist. Die Netto-Investitionsquote ist starken kurzfristigen Schwankungen unterworfen und hat eine leicht steigende Tendenz.

Was die Entwicklung der Staatsausgaben betrifft, ist die Tatsache bemerkenswert, dass der Anteil am Netto-Sozialprodukt zu Preisen von 1913 zwischen 1850 und 1913 nahezu konstant ist. Das *Wagnersche Gesetz* im relativen Sinne hat keine Gültigkeit für diese Periode, eine Erscheinung, die auch für andere Länder nachgewiesen werden kann.

Von grossem Wert sind weiter die sehr stark strukturierten Analysen des privaten Verbrauchs, der Netto-Investitionen und des Aussenhandels.

Die Wirtschaftswissenschaften und besonders die Entwicklungs- und Wachstumsforschung ist um ein monumentales Werk reicher geworden, von dem nicht nur die Mitsondern auch die Nachwelt Nutzen ziehen wird. Eine volle Ermessung der Bedeutung dieser grossen Leistung ist heute noch kaum möglich. Man kann nur wünschen, dass das vorliegende Material möglichst intensiv und oft zur Verifikation von Wachstums-

hypothesen und zur Formulierung von Entwicklungsgesetzen Verwendung finden wird. Zweifelsfrei wird dies geschehen, so dass man annehmen darf, dass sowohl die theoretische wie die empirische Wachstumsforschung aus der Saat, die hier ausgesetzt wurde, eine reiche Ernte machen wird.

Walter Wittmann

Chang, Tsungtung

Die chinesische Volkswirtschaft. Grundlagen, Organisation, Planung. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1280.) Köln und Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 195 S. DM 74.50.

Trotz des politischen Gewichts der Volksrepublik China und trotz des grossen im Westen bestehenden Interesses am Chinahandel ist es noch immer ein besonderes Ereignis, wenn im deutschen Sprachraum ein wissenschaftliches und noch dazu ein national-ökonomisches Werk über China erscheint. Wenn überdies der Verfasser als Chinese keine sprachlichen Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der chinesischen Quellen hat, wird man mit ganz besonderem Interesse an das Studium eines solchen Werkes herangehen. Denn gerade der gegenwartsbezogenen Ostasienforschung in Deutschland fehlen die chinesischen und japanischen Nationalökonomien und Politikwissenschaftler, die beispielsweise in den USA in den letzten Jahren zu dem raschen Wachstum der modernen Ostasienforschung beigetragen haben.

Es mag auf den ersten Blick kühn erscheinen, auf weniger als 200 Druckseiten ein so komplexes Thema wie die chinesische Wirtschaft abzuhandeln. Da T.T. Chang jedoch bewusst darauf verzichtet, auf einzelne Projekte einzugehen und die reale Erfüllung der chinesischen Wirtschaftspläne darzustellen, und da er sich eines wohltuend knappen Stils bedient, gelingt es ihm, dem Leser ein weitgehend abgerundetes Bild des chinesischen Entwicklungsmodells überzeugend nahezubringen.

Es geht Chang in erster Linie darum, die gesamtwirtschaftlichen Daten zu untersuchen und insbesondere zu prüfen, ob die Interdependenz dieser Daten gegeben ist und ob die offiziellen Erfolgsmeldungen glaubwürdig sind. Chang geht dabei aus vom Bevölkerungsproblem. Er unterzieht die uns aus der chinesischen Geschichte bekanntgewordenen Bevölkerungszahlen einer kritischen Prüfung, erläutert die Schwankungen der Wachstumsrate und kommt zu der heute von der Mehrzahl der China-Autoren geteilten Überzeugung, dass die auf offiziellen Angaben basierenden Schätzungen für die Bevölkerung und das Bevölkerungswachstum Chinas durchaus glaubwürdig sind. Besonders zu begrüssen ist es, dass der Autor in diesem Zusammenhang auch einmal auf die nationalen Minderheiten eingeht, die in ähnlichen Untersuchungen oft vernachlässigt werden. Anschliessend versucht Chang nachzuweisen, dass Nahrungsspielraum, Bodenschätze und Energievorräte bei weiter steigender Bevölkerungszahl für ein positives Wirtschaftswachstum ausreichen.

Im zweiten Teil der Arbeit behandelt Chang Probleme der Kapitalbildung und der Investitionen. Es fällt ihm dabei auf Grund des von ihm verwendeten Materials nicht schwer, zu zeigen, dass der Aussenhandel Chinas trotz der Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion und der Wirtschaftshilfe an andere Staaten ein gesundes Bild bietet und dass die Industrialisierung Chinas «gegenwärtig ausschliesslich mit Hilfe der Kapitalakkumulation in der Industrie erfolgt» (S. 86). Dieses erfreuliche Bild, das ähnlich auch für die Investitionen in der Landwirtschaft, im Verkehrs-, im

Gesundheits- und im Erziehungswesen gilt, ist nun allerdings abhängig von einer «leistungsfähigen Organisation der Produktivkräfte» (S. 132).

Diesem Thema, d. h. der Wirtschaftsordnung, ist der dritte Teil der Arbeit gewidmet. Wir finden hier Ausführungen über die Wirtschaftsverwaltung, über die Organisation der Banken, des Handels und des Verkehrs, über die Volkskommunen und den Aufbau und die Durchführung der Wirtschaftsplanung. Das Fazit des Verfassers lautet: «Insgesamt hat die bestehende Wirtschaftsordnung in China vorteilhaft auf die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren gewirkt.» (S. 181).

Wenn der Leser dieses Buch aus der Hand legt, hat er den Eindruck eines wohl-durchdachten und im ganzen gut funktionierenden Wirtschaftsmodells erhalten, und es wird ihm das Gefühl nahegelegt, dass die chinesische Bevölkerung sich vertrauensvoll auf die politischen Entscheidungen verlassen kann, die in Peking gefällt werden. Angesichts des überzeugenden Bildes, das Chang ihm vorführt, wird sich der Leser fragen, warum man denn andernorts namhafte Mittel einsetze, um zu untersuchen, welche Bewandnis es mit der Wirtschaft Chinas habe, und ob der Verfasser nicht vielleicht einer Täuschung unterlegen sei.

Tatsächlich erweist sich, dass der eingangs herausgestellte Vorzug der Kenntnis der chinesischen Sprache in einen Nachteil umschlagen kann, wenn der Verfasser sich nämlich fast ausschliesslich auf chinesisches Material stützt und die seit Jahren im Westen stattfindende Diskussion über die chinesische Wirtschaft vernachlässigt. Von den vom Verfasser benutzten 45 nicht-chinesischen Quellen beschäftigen sich von den rein wissenschaftlichen nur acht ausschliesslich mit dem heutigen China; darunter sind drei (Nummern 6, 9 und 19) mehr dokumentarischen Charakters, während Chang von den inzwischen immerhin schon recht zahlreichen westlichen Autoren, die sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt haben und deren Kenntnis Voraussetzung für eine erneute Gesamtdarstellung der chinesischen Volkswirtschaft sein müsste, nur *Li Choh-ming* (nicht: Li Chou-ming) und *Wu Yuan-li* mit zwei älteren Untersuchungen (1959 bzw. 1956) heranzieht.

Chang unterlässt es nicht nur, seine Darstellung an der westlichen China-Literatur zu messen, sondern er vermeidet es auch, sein Bild durch das Eingehen auf innerchinesische Diskussionen zu trüben. Lediglich in einigen beiläufigen Sätzen (so S. 152) und in seiner allerletzten Fussnote teilt uns der Verfasser mit, dass es offenbar doch Friktionen im Ablauf seines Modells gibt. In diesem Zusammenhang hat es jedoch wiederholt innerchinesische Diskussionen gegeben. Als konkreter Fall ist die sehr scharfe Diskussion um die Aussagen *Ma Yin-ch'us* anzuführen, auf die der Verfasser bei seiner Illustration der offiziellen kommunistischen Einstellung zum Bevölkerungsproblem unbedingt hätte eingehen müssen, weil sie einerseits eine der wenigen aufschlussreichen Auseinandersetzungen über Prinzipien der Wirtschaftsplanung gewesen ist, die der Aussenwelt bekannt wurden, und weil Chang andererseits *Ma Yin-ch'u* bei seiner Untersuchung mit heranzieht (vgl. S. 23 ff.), der wenig später gerade wegen seiner Äusserungen als «Malthusianer» kaltgestellt wurde. Eine ausführliche Einarbeitung in ideologische Diskussionen hätte den Verfasser vermutlich zu einer stärkeren Berücksichtigung der ideologischen Komponente auch der Wirtschaftsplanung in der Volksrepublik China geführt. Vor allem, wenn er die Ursachen und Folgen des «Grossen Sprungs nach vorn» analysiert hätte – was man von einem im Jahre 1965 schreibenden Autor eigentlich erwarten müsste –, hätte er gesehen, dass hinter manchen wirtschaftspolitischen Massnahmen anderes steckt als reine ökonomische Zweckmässigkeitsüberlegungen, sondern dass vielmehr diese Massnahmen oft in keiner Weise mehr ökonomisch zu erklären oder gar zu rechtfertigen sind. Die Einseitigkeit in der Quellen-

benutzung wird deutlich, wenn Chang einen Begriff wie die «Befreiung der Frauen von der Hausarbeit» wie selbstverständlich in seinen Text übernimmt (S.98), ohne sich einen Augenblick Gedanken über die zwiespältige Bedeutung und die Herkunft dieser Formel zu machen; wenn er die Kollektivierung der Landwirtschaft mit den offiziellen Begründungen erklärt (S.144); wenn er kommentarlos feststellt, dass die Gründung städtischer Volkskommunen unter anderem deshalb verschoben wurde, weil ehemalige Kapitalisten und Intellektuelle noch Bedenken gegen die Volkskommunen haben und man auf ihren Gesinnungswandel warten wolle (S.151); oder wenn er behauptet, dass der Wirtschaftsaufschwung im Jahre 1958 «von der Planungsstelle nicht im voraus geplant war, sondern durch eine Massenbewegung spontan erfolgte» (S.162 f). Gerade dieser letztgenannte Wirtschaftsaufschwung ist von der Führung der KPCh erzwungen worden und zeigt – wie mit vielen anderen Beispielen nachgewiesen werden kann –, dass entscheidende Entwicklungsmassnahmen tatsächlich oft nicht von den führenden Wirtschaftsfunktionären, sehr wohl aber vom Zentralkomitee der KPCh eingeleitet werden, das sich dabei eben oft von ideologischen Überlegungen leiten lässt.

Wenn der Verfasser der Klassenkampf-These, die gerade die ersten zehn Jahre der wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik China beherrscht, mehr Beachtung geschenkt hätte, dann hätte er sicherlich auch für die Darstellung der chinesischen Wirtschaft vor der kommunistischen Machtübernahme eine weniger verdächtige Quelle gewählt als einen Pekinger Autor (S.133 ff.). An dieser Stelle muss übrigens angeführt werden, dass ausländisches Kapital nicht erst nach dem Frieden von Shimonoseki (S.133), sondern bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die chinesische Wirtschaft zu beherrschen begann.

Der schwerste Einwand, den man gegen die Untersuchung Changs erheben muss, betrifft seine Bereitwilligkeit, die offiziellen chinesischen Zahlen unesehen zu übernehmen. Gerade hier wäre eine Überprüfung anhand der internationalen China-Literatur sehr zu empfehlen gewesen, und insbesondere *Li Choh-mings* Untersuchung über das Wesen der chinesischen Statistik¹, die der Verfasser jedoch nicht benutzt hat, hätte ihm eine gute Handhabe bei der Beurteilung der von ihm verwendeten Zahlen bieten können. Vor allem zu den Zahlen, die Chang für 1958 und 1959 nennt – so für die Aufforstung (S.35), die Senkung der Baukosten (S.69) oder verschiedene Produktionsergebnisse –, müsste dem Leser gesagt werden, dass den Beamten der Statistik gerade während jener Jahre immer wieder erklärt wurde, dass Statistik eine Angelegenheit des «sozialistischen Bewusstseins» sei.

In seinen Ausführungen über das chinesische Volkseinkommen deutet der Verfasser kurz an, dass es bei der Anwendung unseres Volkseinkommensbegriffes und bei der Berechnung des Volkseinkommens gewisse Schwierigkeiten gibt. Ausgehend von der Feststellung, dass «die absoluten Zahlen über die Grösse des Volkseinkommens in China... bis jetzt weder in offiziellen Reden und Veröffentlichungen noch in wissenschaftlichen Abhandlungen angegeben» seien (S.123), errechnet Chang unter Verwendung verschiedener Hinweise aus chinesischen Quellen, insbesondere Verhältniszahlen zu den Staatseinnahmen, eine eigene Zeitreihe. Leider ist es Chang entgangen, dass absolute Zahlen tatsächlich Anfang 1958 bekanntgegeben wurden, nämlich durch das Staatliche Statistische Amt der Volksrepublik China in der Zeitschrift «T'ung-chi Yen-chiu» vom Januar 1958. Dieselben Zahlen verwendet auch *Lu Kuang* in einem Aufsatz in der Zeitschrift «Peking Review»². Changs Zahlen liegen bis zu 9 % über

¹ *Li Choh-ming*, The Statistical System of Communist China. Berkeley and Los Angeles 1962.

² *Lu Kuang*, China's National Income. «Peking Review», Vol. I (1958), No. 6; S.7ff.

diesen offiziell bekanntgewordenen Werten. Inzwischen liegen uns zu diesem Thema ausgezeichnete Untersuchungen vor, nämlich:

Ta-chung Liu und *Kung-chia Yeh*, *The Economy of the Chinese Mainland: National Income and Economic Development, 1933–1959*. Princeton 1965, und *Shigeru Ishikawa*, *National Income and Capital Formation in Mainland China – An Examination of Official Statistics*, Tokyo 1965. Zwar konnte wohl Chang diese beiden ausführlichen Monographien nicht mehr verwenden, obgleich *Lius* und *Yehs* Werk früher schon in anderer Form zugänglich war, doch seien sie dem Leser empfohlen, der an dieser Stelle eine kritische Darstellung gesamtwirtschaftlicher Daten wünscht. Immerhin haben auch *Ishikawa* und *Cheng Chu-yuan* die erwähnten offiziellen Zahlen schon früher in wichtigen Studien verwendet³. Auf jeden Fall hätte man von Chang erwarten dürfen, dass er die beiden wichtigsten älteren Untersuchungen zum chinesischen Volkseinkommen⁴ mit herangezogen hätte.

Obwohl die Nachrichten über die chinesische Wirtschaft seit 1958/59 sehr dürrt geworden sind, gibt es doch noch viele Informationen, die für eine Beurteilung der ökonomischen Situation in China wichtig sind und deren einige Chang ebenfalls hätte verwerten sollen. So stellt Chang beispielsweise im Laufe seiner Erörterung der sowjetischen Wirtschaftshilfe an China fest, dass seit 1958 «die Investitionen in China ausschliesslich aus inländischer Kapitalbildung finanziert» werden (S. 54); er erwähnt aber nicht, dass diese Tatsache im Zusammenhang mit den chinesisch-sowjetischen Differenzen steht, dass es die Sowjetunion war, die durch Zurückziehung ihrer Berater und durch Annullierung von Hilfsverträgen der chinesischen Wirtschaft gerade im Zusammenbruch des «Grossen Sprungs nach vorn» einen zusätzlichen Schlag versetzte und dass dies ein wesentlicher Anlass für die Wirtschaftsplaner Chinas gewesen ist, umzudenken und ihre Prinzipien der wirtschaftlichen Entwicklung neu zu überprüfen. Bei der Behandlung der Volkskommunen ist es Chang entgangen, dass die Zahl der Volkskommunen heute nicht mehr 24 000 beträgt, sondern dass es seit einigen Jahren durch Aufteilung in kleinere Einheiten rund 74 000 Volkskommunen gibt⁵.

In seiner Darstellung des organisatorischen Aufbaus des Planungswesens übersieht Chang die Koordinationsämter des Staatsrates, die den Ministerien übergeordnet sind, und vielleicht hätte hier auch der Nationale Verteidigungsrat genannt werden müssen, dem zahlreiche Minister des wirtschaftlichen Ressorts angehören und der einen wichtigen Einfluss auf die Planung der Rüstungsproduktion und der Bereitstellung von Verkehrsmitteln besitzen dürfte.

Obwohl Chang feststellt, dass Zahl und «Aufgabenbereiche der einzelnen Ministerien... in den vergangenen Jahren mehrfach geändert» wurden (S. 154), bleibt es unklar, weshalb er die überholte Liste der Ministerien von September 1959 heranzieht. Wie weit die Verwaltungsarbeit inzwischen aufgefächert wurde, zeigt die Tatsache, dass es statt der zwei angeführten Ministerien für Maschinenbau heute deren acht gibt; ferner kam ein Ministerium für Materialzuteilung hinzu, während das Ministerium für Landmaschinenbau aufgehoben und vermutlich in eines der Maschinenbau-

³ *Shigeru Ishikawa*, *Chugoku ni okeru Shikon Chikuseki Kiko* (Der Mechanismus der Kapitalakkumulation in China). Tokyo 1960; hier S. 187.

Cheng Chu-yuan, *Communist China's Economy 1949–1962. Structural Changes and Crisis*. Seton Hall University Press, 1st printing 1963; 2nd impression 1964; hier S. 109.

⁴ *William W. Hollister*, *China's Gross National Product and Social Accounts 1950–1957*. New York 1958.

Alexander Eckstein, *The National Income of Communist China*. New York 1961.

⁵ S. dazu «China News Analysis», No. 539, 6. 11. 1964, S. 2.

ministerien eingegliedert wurde. Das Erziehungsministerium wurde aufgegliedert in ein Ministerium für Erziehung und ein Ministerium für Hochschulwesen⁶.

Erfreulich sind die korrekten Quellenangaben, jedoch macht es Schwierigkeiten, bei einer Übersicht wie jener über die Wirtschaftshilfe Chinas an das Ausland (S. 56) aus den dort nur aufgezählten Quellen eine bestimmte herauszufinden. Bei den in diesem Zusammenhang erwähnten Wirtschaftshilfeabkommen mit Birma, Ceylon und Indonesien hätte man sich eine genauere Quelle gewünscht. Es gibt nämlich tatsächlich derartige Abkommen; doch liegen die meisten zeitlich nach dem 3. Februar 1960, dem vom Verfasser genannten Datum der Zeitung «Das Parlament», die er hier heranzieht. Im einzelnen handelt es sich um:

- a) ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Birma vom 9. Januar 1961, das einen zinslosen Lieferkredit in der Höhe von 30 Millionen vorsieht⁷;
- b) einen in einem Briefwechsel aus dem Jahre 1958 Ceylon zugesagten Kredit in der Höhe von 50 Millionen ceyl. Rupees, der am 15. Juni 1964 in ein zinsloses Darlehen umgewandelt wurde⁸;
- c) ein Abkommen über die Gewährung einer zinslosen Anleihe an Ceylon vom 25. Oktober 1964 (20 Millionen ceyl. Rupees)⁹;
- d) einen im Jahre 1958 Indonesien zugesagten Warenkredit in Höhe von sfr. 48 Millionen¹⁰;
- e) ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Indonesien vom 11. Oktober 1961¹¹ (sfr. 129,6 Millionen);
- f) ein Abkommen über die Gewährung eines Kredits vom 28. Januar 1965¹² (US\$ 100 Millionen).

Zu bemerken ist, dass man kaum Aussagen darüber machen kann, in welcher Höhe alle diese Abkommen wirklich zum Tragen gekommen sind.

So klar und – auf den ersten Blick – abgerundet die Untersuchung Chang Tsungtings ist, so kann sie wegen ihrer Lücken einem Leser, der eine Einführung in die ökonomischen Probleme Chinas sucht, kaum empfohlen werden. Dagegen ist sie für den Fachmann eine übersichtliche Zusammenstellung verstreuter Informationen aus offizieller chinesischer Quelle, die als solche allerdings noch wesentlich an Wert gewonnen hätte, wenn sie vom Verfasser mit einem Index ausgestattet worden wäre.

Man kann nun allerdings die angeführten Mängel nicht Chang allein anlasten. Vielmehr spiegelt sich auch in seiner Arbeit ein wenig das eingangs erwähnte Dilemma unserer gegenwartsbezogenen Ostasienforschung, das einen Wissenschaftler wie Chang zwingt, isoliert zu arbeiten. Man möchte dem ohne Zweifel begabten Autor wünschen, dass er Gelegenheit erhält, künftig im Austausch mit Fachkollegen an seinem Thema weiterzuarbeiten.

Bernhard Grossmann

⁶ S. dazu auch «Peking Rundschau», Nr. 2, 12. 1. 1965, S. 6.

⁷ Vgl. «Jen Min Jih Pao», 10. 1. 1961; sowie Institut für Asienkunde, Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 1: Süd- und Ostasien. Band XII/1 der Schriften des Instituts für Asienkunde. Frankfurt a. M. und Berlin 1962, S. 35 f.

⁸ Vgl. «Jen Min Jih Pao», 16. 6. 1964.

⁹ Vgl. «Jen Min Jih Pao», 27. 10. 1964 und 15. 7. 1965.

¹⁰ Vgl. «Jen Min Jih Pao», 19. 4. 1958.

¹¹ Vgl. «Jen Min Jih Pao», 12. 10. 1961.

¹² Vgl. «Jen Min Jih Pao», 28. 1. 1965.